

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Bestellung im Voraus für Groß-Berlin 4.— M., bei direktem Postbestellung monatlich 4.65 M., bei Zahlung unter Stichband für Deutschland 6.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Bestellen sollen die Adressanten: Hauptpostamt, Postfach 120 III, Westendstr. 10, Berlin NW. 6, oder weiter Westendstr. 10 Postfach 120 III, Berlin NW. 6, oder weiter Westendstr. 10 Postfach 120 III, Berlin NW. 6. Inverantw. für den Inhalt: Der Herausgeber: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2893

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2893

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Kampfansage der Unternehmer.

Arbeiter und Arbeiterinnen der Metallindustrie!

Die Verhandlungen über Einrangierung in die einzelnen Lohnklassen gehen, wenn auch langsam, so doch sicher, vorwärts. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit sind jedoch als völlig gescheitert zu betrachten. Die Unternehmer weigern sich, den Arbeitern bei der Wiederaufnahme der Arbeit dieselben Rechte zu gewähren, die sie vor Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatten. In denjenigen Betrieben, in denen die Arbeiter aus Anlaß des Streiks entlassen worden sind, will man unseren Kollegen, die als Arbeiterausschüßmittglieder, Arbeiter- und Betriebsräte tätig waren, die Ausübung ihrer Funktionen verweigern. Damit tastet man an die elementarsten Grundrechte der Arbeiterschaft. Unter keinen Umständen wollen und dürfen wir uns das gefallen lassen. Die Arbeiterschaft wird ihre Grundrechte zu wahren wissen.

Die Sitzung der Fünfzweckkommission zeitigte folgenden Beschluß:

„Es sind Kommissionen zu wählen mit dem Auftrage, sich an die Gewerkschaftskommission und an die politischen Parteiververtretungen der Streikenden zu wenden mit dem Ersuchen, den Parteileitungen den Stand der Dinge und den Angriff auf die Grundrechte der Arbeiter zu unterbreiten. Verlangt wird das Eintreten der Parteien für die Rechte der Arbeiterschaft, wenn anders nicht zu ermöglichen, so durch die Proklamierung des Generalstreiks. Diese Kommissionen nehmen heute ihre Tätigkeit auf.“

Die Vollversammlung der Arbeiter- und Betriebsräte Groß-Berlins die gestern tagte, hat zu dem Antrag der Unternehmerverbände, insbesondere des Verbandes der Metallindustriellen, gegen die Grundrechte der Arbeiter Stellung genommen und erklärt: sie erblicke in dem Vorgehen gegen die Arbeiterausschüsse, Betriebs- und Arbeiterräte einen erneuten Versuch, das wertvolle Volk rechtlos zu machen.

„Die Arbeiter- und Betriebsräte verpflichten sich, alle hinter ihnen stehenden Arbeiter und Angestellten über die arbeiterständischen Pläne und Entschlüsse der Schachtmacher aufzuklären und sie darauf vorzubereiten, im Notfall mit aller Schärfe den ausgesetzten Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufzunehmen.“

Die Vollversammlung spricht den kämpfenden Arbeitern der Metallindustrie ihre Bewunderung und Sympathie für den schmerzlichen Kampf gegen das Unternehmertum aus und erklärt sich von neuem bereit, den kämpfenden Metallarbeitern finanzielle Unterstützung zuteil werden zu lassen. Wenn die Metallindustriellen ihre provozierende, hartnäckige Haltung in der Frage der Arbeiter-Ausschüsse, Betriebs- und Arbeiterräte nicht aufgeben, wird die Vollversammlung die Arbeiterschaft anderer wichtiger Industrien zur Anwendung schärferer Kampfmittel auffordern.“

Kollegen und Kolleginnen! Mit erneuter Schärfe rüsten die Unternehmer zum letzten und entscheidenden Endkampf. Jeder hat auf seinem Posten auszuhalten und um unsere Grundrechte bis zum letzten Atemzuge zu kämpfen. Die Fünfzweckkommission wird alles daransetzen, um den Kampf nach Möglichkeit zu erleichtern.

In dieser Woche gelangt die erhöhte Streikunterstützung zur Auszahlung. Es erhalten in dieser Woche:

Arbeiterkategorie mit einer Mitgliedschaft von über 26 Wochen	74 M.
Arbeiterkategorie ohne Kinder	86 M.
Arbeiterkategorie mit einem Kind	93 M.
Arbeiterkategorie mit zwei Kindern	100 M.
Arbeiterkategorie mit drei Kindern	107 M.
Arbeiterkategorie mit vier Kindern	114 M.
Arbeiterkategorie mit fünf Kindern	121 M.

Arbeiterkategorie mit sechs Kindern	128 M.
Arbeiterkategorie mit sieben Kindern	135 M.
Arbeiterkategorie mit acht Kindern	142 M.

Für nächste Woche kommen die erhöhten kataraktischen Sätze zur Auszahlung. Wir werden darüber hinaus den Versuch machen, weitere Geldmittel durch Sammlungen fließen zu lassen.

Au alle Kopf- und Handarbeiter appellieren wir erneut, durch Sammlungen und Entnahme von Streikmarken die Unterstützung unserer im Kampf stehenden Arbeitsbrüder zu ermöglichen.

Es ist uns mitgeteilt worden, daß einige Unternehmer unsere Kollegen auffordern, ihren streikenden Brüdern in den Häusern zu helfen. Briefe und Karten mit der Aufforderung, zur Arbeit zu kommen, werden unter Androhung, daß sonst ihr Arbeitsplatz mit anderen besetzt würde, verschickt.

Kollegen und Kolleginnen! Wer diesen Aufforderungen folgt, ist Verrat an der gemeinsamen Sache, ist Verrat an seinen eigenen Interessen. Wir können und wollen uns bis zum letzten Atemzuge wehren!

Hoch lebe die Solidarität!
Die Fünfzweck-Kommission.
Das Metallkartell.

Die Verhandlungen.
Heute konnten folgende Gruppen vor dem Schiedsgericht zur Verhandlung:

Die Gruppe der Werkzeugmacher 9¼ Uhr, der Sandhändler und Kolbenmacher 10 Uhr, der Klempner 10¼ Uhr, der Kohlenstaubarbeiter 11 Uhr, der Maschinenarbeiter und Holzarbeiter 11¼ Uhr, der Gummiarbeiter 11¾ Uhr, der Arbeiter in Papierfabriken 12 Uhr, der Akkumulatorenarbeiter 12¼ Uhr.

Morgen, Freitag, werden folgende Gruppen verhandelt:

Die Gruppe der Elektromonteur 9¼ Uhr, der Werkmonteur (und allgemeine Monteurfragen) 10 Uhr, der Stellwerkmonteur 10¼ Uhr, der Aufzugsmonteur 10¾ Uhr, der Installationsmonteur 11 Uhr.

Die Verhandlungsgruppen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Ein Sieg der Arbeiter in Bitterfeld.

Das Mitglied des Bezirks-Arbeiterrates Halle und das Mitglied des Betriebsrates der Grube „Leopold“ bei Bitterfeld, Genosse Rauchs, der am 25. Oktober von Rote-Offizieren verhaftet war, ist am Dienstag mittag wieder freigelassen worden. Die Arbeiterschaft des Bitterfelder Reviers, mit der sich die gesamte Arbeiterschaft Mitteldeutschlands solidarisch erklärt hatte, hatte die Freilassung des Genossen Rauchs kategorisch verlangt. Der feste Wille der Arbeiterschaft hat seine Wirkung ausgeübt. Daraufhin ist man zurückgewichen; die Rote-Truppen, die in einer Stärke von ungefähr 1000 Mann mit Maschinengewehren, Kanonen und Minenwerfern auf Bitterfeld angedockt waren und die Grube besetzt hatten, sind gänzlich zurückgezogen worden.

Die „Schwarze Rottmilch“, die auf Grube „Leopold“ ihr Versteck ablegen sollte, hat gänzlich verzagt. Sie hat sich völlig unfähig erwiesen, einen komplizierten Betrieb aufrechtzuerhalten, dagegen nur Schaden im Betrieb angerichtet. Überigend stellte sich jetzt heraus, daß die Wasserleitung der Grube „Leopold“ selbst vorgenommen worden ist. Erhebungen darüber sind im Gange.

Das Endergebnis der Schweizer Wahlen.

Bern, 29. Oktober (Schweiz. Deutsche Agentur.) Die Wahlen für den Nationalrat, die zum erstenmal nach dem proportionalen Wahlsystem stattfanden, zeigten folgendes wahrscheinlich endgültig bleibendes Ergebnis: Freisinnig-demokratische Partei 63 Sitze (bisher 105), Katholik-Konservative Partei 42 (bisher 42), Sozialdemokraten 39 (bisher 20), Bauernpartei 27 (bisher 0), Liberale demokratische Partei 9 (bisher 11), Christlichsozialdemokraten 4 (bisher 4), Genossenschaftler 3 (bisher 3), Fortschrittliche Bürgerpartei Basel 1 (bisher 1), Evangelische Partei 1 (bisher 0).

Die russischen Verschwörerinnen.

Der Stuhl rollt,
Der Jude grüßt,
Es grinsen die Banditen!
(Spruch der deutschen „Kulturkämpfer“ im Baltikum.)

Nach den Versicherungen der Regierung sollen die in Kurland befindlichen deutschen Truppen, die sich dem Hauptmann Kwalow-Bermondts verschrieben haben, in keinerlei Verbindung mehr mit Deutschland stehen. Demgegenüber haben wir immer wieder darauf hingewiesen, daß diese Versicherungen der Wahrheit nicht entsprechen und daß nicht nur der Nachschub an Munition und Ausrüstungsgegenständen nach wie vor anhält, sondern daß auch die Verbindungen wieder im großen Umfange eingesetzt haben.

All diese Machenschaften sind nur möglich, weil sich in Deutschland eine Reihe von militärischen Dienststellen befürden, die das deutsch-russische Abenteuer im Baltikum begrüßen und ihm die weitgehendste Unterstützung zuteil werden lassen. Die in Kurland befindlichen Offiziere der Eisernen Division mühen deshalb ihre guten Beziehungen aus, um den Zustrom von frischen Kräften nicht verstopfen zu lassen. Allen Befehlen der Regierung zum Trotz haben sie ganz Deutschland mit einem Werbenez überzogen und ihren Agenten den Auftrag gegeben, diebestmögliche ganze Formationen anzuwerben.

Einen besonders großen Zug gedenkt der Hauptmann Lindemann zu machen. Er ist am 27. Oktober mit zwanzig Werbemännern über die Grenze gegangen und hat ihnen genaue Instruktionen über ihr Verhalten erteilt. Den Agenten wurde folgender Schein ausgehändigt:

„Ritau, den 21. Oktober.“

Kusweis.

Der . . . hat die Berechtigung, für das Rejmentsbataillon Hobe (Det. Graf Keller) Freiwillige aller Waffengattungen anzuwerben.

Alle Behörden werden ersucht, ihn ungehindert reisen zu lassen und ihm nötigenfalls Schutz und Hilfe zu gewähren.
gez. Lindemann.

Dienststempel. Stabschef u. Baltik-Kommandeur.

Die Werber wurden mit je 100—150 Urlaubstempeln versehen, die neben dem deutschen Dienststempel auch den russischen Stempel des Reichsmeisters Graf Keller tragen. Um die Behörden irrezuführen, ist den Urlaubsscheinen schon in Ritau auf der Rückseite der Stempel: „Gepufft! Bahnüberwachungsstelle Bajorhen“ aufgedruckt worden. Es liegt also ein ganz offenkundiger Betrug vor, mit dem Zwecke, die in Deutschland angeworbenen Soldaten als harmlose Urlauber, die sich an der Rückfahrt nach Kurland befinden, erscheinen zu lassen.

Hauptmann Lindemann hat seine Agenten beauftragt, sich möglichst an diejenigen Formationen der Reichswehr, die infolge des Friedensvertrages vor der Auflösung stehen, heranzumachen und sie für den Uebertritt zur Eisernen Division zu gewinnen. Es liegt ihm vor allem daran, Flammenwerferzüge zu bekommen. Hauptmann Lindemann selber hat sich in Magdeburg, Kaiserstr. 98-99, bei Mummertien niedergelassen und seine Vertrieben beauftragt, ihm unter der Telefonnummer Magdeburg 4582 Mitteilungen darüber zu machen, wie weit ihre Geschäfte gediehen sind. Das Hinterlassen der Truppen nach Kurland und die Selbstentlassung will der Herr Hauptmann persönlich erledigen. Den nach Berlin entlassenen Werbemännern hat er den Auftrag gegeben, sich an das russische Werbureau, Am Karlsbad 5, zu wenden. Dort erhielten sie im Reichsamt Geld sowie Verpflegungsausweise und alle weiteren Anstalten. In besonders dringlichen Fällen, bei etwaigen Verhaftungen und dergleichen, sollen sie die Adresse des Barons von Mollat anfragen. Dieser würde bei der Militärbehörde das Notwendige veranlassen, um die Werber wieder freizumachen.

Das Verschwörernetz Am Karlsbad 5 ist inzwischen ja aufgelöst. Man hat den Herrschaften genügend Zeit gelassen, um zu verflüchten. Trotzdem ist der Regierung heute noch die Möglichkeit gegeben, durchzugreifen, sofern sie daran wirklich ein ernstes Interesse hat. Wie sie nach

igen unzureichenden Ausstattungen vorgibt. Das Verhörvermerk befindet sich jetzt in Charlottenburg, Roscherstraße 9, II Treppen. Hier ist es vor allem der Rittmeister von Goerschelmann, der die Verbindungen mit den Werbepartnern aufrechterhält und sie durch Ausweise und Geld unterstützt. Die Herren fühlen sich in ihrem neuen Heim schon wieder völlig sicher. Sie haben eine Fülle von Stenographen aller Art zur Verfügung und können auf diese Weise die Behörden in jeder nur erdenklichen Weise hinter das Licht führen. Ihre Vertrauten werden mit folgenden Ausweisen versehen:

Berlin, 18. 10. 19.

Vertreter der freiwilligen russischen Westarmee.
Nr. 432.

Ausweise.

Inhaber dieses Ausweises, der . . . steht im Dienste der russischen freiwilligen Armee und befindet sich in dienstlichem Auftrage in Berlin.

H. B. ges. A. von Goerschelmann,
Rittmeister.

Herr von Goerschelmann und seine deutsch-russischen Helfershelfer haben den deutschen Staat schon um Millionen von Mark betrogen. Es ist ihnen u. a. auch daran gelegen, die Werbepflichtsamter zu neppen. Bei Geldknappheit bekommen die Angeworbenen einen Ausweis für den Empfang einer größeren Anzahl von Werbepflichtsamterportionen, die sie dann verkaufen können, um zu Geld zu gelangen.

Die genannte Werbestelle ist aber nicht das einzige Verhörvermerk in Berlin. Sie steht in dauernder Verbindung mit der sogenannten westrussischen Zivilregierung, die zu den Besten Nr. 16 ihr Heim aufgeschlagen hat und sich gleichfalls mit dem Verschahren von Menschenmaterial und deutschem Seeresigentum befaßt. Ebenso ist das russische Rote Kreuz, untergebracht in der Umlandstraße 159, nichts weiter als ein verläppliches Werbepflichtsamter der westrussischen Armee, das nebeneinander auch noch Verbindungen mit deutschen Geldgebern herstellt und in enger Beziehung zu der Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus steht. Wenn die Regierung dem Treiben der russischen Verhörvermerker in Berlin ein Ende machen will und mit sicherem Griff zujuckt, wird sie in den Bureauräumen der Verhörvermerker eine Fülle von belastendem Material vorfinden.

Um der Regierung die Aufklärungsarbeit zu erleichtern, wollen wir sie auch noch darauf aufmerksam machen, daß Hauptmann Boensgen sich nach wie vor in Berlin aufhält. Er hatte zusammen mit seinem Helfershelfer, dem Leutnant von Beska, bis zum 13. Oktober seine Wohnung im Hotel Adlon, inzwischen aber nach dem Hotel Bristol verlegt, während sich sein Bureau in Berlin W., Sellbrunner Straße 2, in der Wohnung des Generalkonsuls Abel, befindet. Das Telefon ruffelt hier den ganzen Tag. Es werden Aufträge vergeben und angenommen, und damit Boensgen und von Beska bei ihren Schiebergeschäften nicht einmal in unangenehmer Weise gestört werden, haben sie sich den Leutnant Ehrlich (II) als Adjutanten bestellt, der die Telefongespräche entgegennimmt und seine Vorgelegten nur in ganz sicheren Fällen an den Apparat läßt.

Es ist selbstverständlich, daß Herr Boensgen keine Geschäfte nicht mit irgendeinem Müller oder Künze abwickeln kann, denn über Kanonen und Panzerwagen, Munition und Seeresentgegenstände verfügen diese nicht. Herr Boensgen ist auf diese wertvollen Artikel aber besonders stark und seine Bedürfnisse zwingen ihn daher, Besprechungen mit Intendanturen, Bekleidungsämtern und Proviantmagazinen anzuknüpfen. Die gut ausgerüsteten deutsch-russischen Formationen zeigen, wie erfolgreich sich Herr Boensgen zu betätigen versteht.

Wir wollen ferner noch darauf hinweisen, daß auch für das Detachement von Schauroth, eine Erprobungsabteilung der Eiserne Division in Döberitz, nach wie vor Werbungen vorgenommen werden. Wir haben auch dieses Detachement schon wiederholt genannt. Die Regierung kann also auch jetzt noch, wenn sie will, die Besatzung nachholen. Das Detachement gehört zwar zur Reichswehr, und man wird sagen, daß diese mit den Russen nichts zu tun habe. Es wird aber trotzdem geworben, und zwar nicht für die Reichswehr, sondern für die Eiserne Division. Ein weiteres Werbepflichtsamter befindet sich in Neuruppin, Bahnhofsstr. 11, von uns gleichfalls schon wiederholt genannt, aber immer noch in voller Tätigkeit. Es wird geleitet von dem Disziplinarvertreter Berger und hat sich bisher nicht nur mit den Nachschub von Mannschaften beschäftigt, sondern auch Seeresentgegenstände waggungsweise verschoben.

Schließlich wollen wir noch darauf hinweisen, daß bis in die letzten Tage hinein ein Werbepflichtsamter im Hotel Adlonischer Hof, Friedrichstr. 129, Zimmer 6, eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet. Es hat sich neben der Anwerbung von Mannschaften in der Hauptsache mit Pferdewechselungen befaßt. Noch am Montag ist von Tempelhof aus ein Pferdetransport nach Kurland abgegangen.

Zum Schlusse betonen wir noch einmal, daß alle diese Werbungen und Schieberarbeiten nur möglich sind, weil die Agenten und ihre Hintermänner die weitgehendste Unterstützung bei militärischen Dienststellen finden. Es lassen sich Beweise erbringen, daß die Werbepflichtsamter mit Schmiergeldern arbeiten und Bestechungen in großem Umfange vornehmen. Das deutsch-russische Unternehmen im Baltikum könnte seine acht Tage bestehen, wenn ihm nicht von Deutschland aus andauernd die Lebenskräfte zugeführt würden. Die Lebenskräfte des Unternehmens müssen also nicht in Kurland, sondern in Deutschland abgehoben werden. Nicht in Mitau, sondern in Berlin sitzen die Verhörvermerker. Wir verlangen deshalb die sofortige Aushebung der russischen Verhörvermerker, die Bestrafung der deutschen Schieber und die völlige Unterbindung des Nachschubes durch eine streng durchgeführte Umlaufsperre und eine gründliche Ueberwachung des Eisenbahntransporte.

Die Regierung ist von uns über das Treiben der Verhörvermerker und Schieber rechtzeitig in Kenntnis gesetzt worden. Sie kennt die Namen und Adressen derselben, die sich Deutschland zum Tummelplatz ihrer Wochenarbeiten ausgesucht haben. Sie kann handeln, wenn sie will, und

wir warten auf das Ergebnis. Es muß sich zeigen, ob die Regierung noch Herr im Hause ist, oder ob sie sich von der Militärkamarilla gänzlich und leiten läßt.

Die deutsch-russischen Werber in Berlin.

Zu unserer Veröffentlichung über die Anwerbung für das deutsch-russische Abenteuer schreibt uns die Kommandantur:

Es ist durchaus zutreffend, daß auch in der letzten Zeit die Werbungen für die baltischen Truppen in großem Umfang fortgesetzt worden sind; nicht nur in Berlin, sondern auch im ganzen Reich und auch in Deutsch-Oesterreich wird diese Tätigkeit ausgeübt. Infolge der Maßnahmen der Behörden sind jetzt aber die Werber vorsichtiger geworden. Sie treten nur noch als sogenannte „Kuriers“ in die Erscheinung und werben die Leute an, während sie die Führung der Transporte einem der Angeworbenen selbst übertragen. Diese bekommen nur einen Ausweis als Angehörige des betreffenden Truppenteils, den sie sich einbilden, daß der Werber bei sich und vernichtet ihn, sobald er Gefahr wittert. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß es äußerst selten gelingt, einen dieser Leute zu überführen. Das ist schmerzhaft, wie im Krieg, die es gehalten würde, die Leute im Staatsinteresse festzuhalten, besteht nicht mehr. Das Kommandanturgericht kann deshalb die in das Militärgericht eingelieferten Leute nur verhaften, wenn genügende Anzeiger für eine strafbare Handlung vorhanden sind. Andernfalls würde sich der vermeintliche Kriegsgerichtsrat selbst strafbar machen.

Die Kommandantur steht auf dem Standpunkt, daß sie vollständige Beweise für die Tätigkeit der Werbepartners haben müsse. Der Verweis von ein bis zwei Blankausweisen für Militärsfahrkarten genügt u. B. nicht als Nachweis dafür, daß der Mann eine Werbepflichtsamter auch wirklich ausgeübt hat. Durch die einzelnen Depots der Wachabteilung der Kommandantur sind bereits eine ganze Anzahl derartiger Werber festgenommen und Werbezentrallen festgesetzt worden. So konnte das Depot Schöneberg unlängst eine Werbezentrale mit 20 Personen ausheben. Weitere Zentrallen sind in der Friedrichstraße und Potsdamer Straße beobachtet worden. Durch obengenannte Agenten ist ferner ermittelt worden, daß eine feste Verbindung zwischen den Organisationen in Berlin, Thüringen und Bayern besteht. Bei der Leitung der Wachabteilung der Kommandantur befindet sich über die Tätigkeit der Werber innerhalb Deutschlands ein außerordentlich umfangreiches Aktenmaterial, das bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden ist, das jedoch dem Reichswehrminister Roske zugestellt werden soll.

In den Haaren liegen sich beide.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung, die sich mit dem Etat des Herrn Roske befaßte, ging alles wie am Schnürchen. Die Deutschnationalen saßen sich in ihren heiligsten Interessen geschädigt, weil Herr Roske, um das „sozialistische“ Gesicht zu wahren, nicht alles aufzuheben konnte, was von der monarchistischen Offizierskamarilla gegen die Republik unternommen wird. In besonders lässige Stimmung aber sind sie durch das Verbot der „Deutschen Zeitung“ gekommen, nicht so sehr, weil sie überhaupt gegen jede Unterdrückung der Pressefreiheit sind, sondern weil ihnen durch das Nichterscheinen des Blattes für einige Zeit die Propaganda ein wenig eingeschränkt worden ist. Die Regierung und die Mehrheitsparteien hatten sich auf die zu erwartende Attade eingerichtet. Herr Stäcker, der für die Rechtssozialisten sprach, gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß zuerst Herr Maritz von der Deutschen Volkspartei und nicht sofort der Deutschnationale Groese das Wort ergreifen habe.

Yedoch, der angeklagte konservative Redner sprach noch, wenn auch ein wenig später. Herr Groese gebrauchte recht kräftige Worte, und er nahm besonders in der Kennzeichnung der Zeitungsverbote und anderer Regierungsmassnahmen von derselben Sorte kein Blatt vor den Mund. Man hätte Herrn Groese ohne weiteres zustimmen können, wenn man nicht wüßte, daß die Deutschnationalen nur deswegen jetzt gegen die Presseverbote sind, weil sie selbst davon ein wenig betroffen werden. Gegen die Unterdrückung der Pressefreiheit hatten sie so lange nichts einzuwenden, als sie sich nur gegen die Organe der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Kommunisten richteten. Grundätzlich muß allerdings verlangt werden, daß mit den unsinnigen Zeitungsverboten nun endlich Schluss gemacht wird.

Dann sprach Herr Roske. Es ließe sich nicht umgehen, daß er einige kräftige Worte gegen rechts gebrauchte. Das Verbot der „Deutschen Zeitung“ verteidigte er damit, daß das Blatt einen Chronikmann, wie den Reichspräsidenten, in nichtwürdiger Weise heruntergerissen und den Versuch unternommen habe, das Gefüge der Truppe zu lockern. Dann teilte er der Versammlung mit, daß der Besteller einer Broschüre, die in der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ hergestellt worden ist und die die Truppen zur Fidesbewergerung aufgefordert habe, der Generallandwirtschafsdirektor Dr. Kayy gewesen sei. Hierauf erläuterte er abermals seine Auffassung, daß Gewalt vor Recht gehe und nur allein der Erfolg entscheidende. An demokratischen Stammtischen könne man sich in kritischen Zeiten über die absolute Freiheit unterhalten, in der jetzigen Zeit gäbe es aber keine absolute Freiheit. Nach diesem „Sozialisten“ sind also Grundzüge dazu da, daß sie immer dann, wenn sie angewendet werden sollen, in den Rauchgang geschrieben werden. Zum Schlusse erhob dann Herr Roske die Forderung, um sie auch gegen die linke Seite drohend zu richten. Er habe einen Befehl unterschrieben, wonach um so schärfer zugegriffen werden solle, je geringer die Truppe sei. Nach dem, was wir bisher schon erlebt haben, kann man sich also in Zukunft auf noch schönere Dinge gefaßt machen. Für diesen Mann gilt eben nur noch die rohe Gewalt als Heilmittel.

Nachdem Herr Dr. David den Versuch unternommen hatte, die Schuld am Kriege und die Verhinderung eines Verständigungsfriedens den Konservativen zuzuschreiben, trotzdem derselbe David während des Krieges mit derselben Sicherheit die Schuld der Entente am Krieg festgestellt hatte, nahm Genosse Roenen das Wort, um eine gründliche Abrechnung mit dem neuen Militarismus zu halten. Er brachte neues Material bei über die Munition- und Waffenlieferungen nach dem Baltikum, die der Regierung nicht entgangen sein können. Dann verwies er auf die Vorgänge in der französischen Kammer, wo von den

Sozialisten der Verdacht ausgesprochen worden ist, daß die deutsche Regierung aufeinander mit der Entente im Bunde stehe, um die russische Sowjetregierung durch ihre Balkentruppen zu bekämpfen. Roenen besprach dann die Freiwilligenverbände, die Einwohnerverschutz und die gewaltigen Kosten, die daraus erwachsen. Er zog in den Bereich seiner Kritik das Spigelwesen, das ganz offen auftritt und von der Regierung begünstigt werde. Sehr eingehend war seine Kritik an der „Technischen Nothilfe“, deren Tätigkeit er an einigen Beispielen illustrierte. Er wies dabei darauf hin, daß nicht mehr die Behörden die „Technische Nothilfe“ aufzufordern brauchen, sondern daß schon auf Wunsch der kapitalistischen Regierungstruppen erscheinen. Die letzten Skandale auf dem Gebiete der Zeitungsverbote und des Besagerungszustandes bildeten ein weiteres Kapitel der Kritik Roenens.

Wenn Herr Roske mit einigen Zeilen seiner ersten Rede bei den Deutschnationalen Unzufriedenheit erregt hatte, so sorgten die Ausführungen, mit denen er jetzt die Rede des Genossen Roenen begleitete, daß das zerstückte Gleichgewicht wiederhergestellt wurde. Einige Informationen aus den Kreisen der Reichswehr gaben ihm Veranlassung, das Elend der Schubhäftigen dem Geldhüter der Nationalversammlungsmenge vorzulegen. Und so konnte man zum Schlusse der Debatte feststellen, daß die Spannung zwischen Roske und den Deutschnationalen gemindert war. Heute haben sie sich in den Haaren gelegen. Und morgen?

Die Debatte über diesen Punkt endet mit einer gewonnenen Erklärung der Rechtssozialisten, die sie durch Herrn Roene, einen ihrer Einigungsapostel, vorzutragen ließen. Sie seien zwar auch für die Pressefreiheit, aber vorläufig könne sie nicht wiederhergestellt werden und darum lehnten sie den deutschnationalen Antrag ab. Genau so wie Herr Roske: Grundzüge sind gut, aber sie sind nur dazu da, um gerade dann nicht angewendet zu werden, wenn es sich um entscheidende Tatsachen handelt. Die Arbeiterschaft wird sich diese Logik merken und den Rechtssozialisten die gebührende Antwort erteilen, wenn sie in der Presse und in den Versammlungen wieder große Reden über ihre Grundzüge schwingen sollten.

Schade!

Wir erhalten folgende Zuschrift:
Der Reichswehrminister. Berlin W. 10, den 20. Okt. 1918.
Persönlicher Stab. Brandenburgerstr. 14.
H. Nr.: 41/10 Pers.

In der Morgenausgabe Nr. 523/A. 285 von Mittwoch, den 20. Oktober 1918, haben Sie auf der dritten Seite des Hauptblattes unter der Ueberschrift „Genosse“ von Gilla die Niederlegung eines Briefes der Nationalen Zeitungsredaktion durch Dr. Fritz Neumann veröffentlicht. Die Mitteilung, daß der Chef des persönlichen Stabes des Reichswehrministers, Major von Gilla, nach Angabe einer zuverlässigen Seite Mitglied der sozialdemokratischen Partei geworden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Damit erledigen sich auch alle an den angeblichen Ueberschrift geknüpften Bemerkungen.

Es ist wirklich schade, daß Herr von Gilla nicht zu den Rechtssozialisten übergetreten ist. Nun wird den Roskeleuten nichts anderes übrig bleiben, als zu Herrn von Gilla überzutreten. Das kann ihnen keine großen Schwierigkeiten bereiten, da den Rechtssozialisten damit kein Gesinnungswechsel zugemutet wird.

Der Staat ist in Gefahr!

Zu dem unglückseligen Jungen, der wegen seiner staatsgefährlichen Gesinnung in Schutzhaft gehalten wurde, ist nun auch ein etwas älteres, aber politisch gleich gefährliches Mädchen gekommen. Seit einigen Wochen wird Gertrud Paul in Schutzhaft gehalten, die in der Berliner Arbeiterbewegung dadurch einigermaßen bekannt ist, daß sie mit ihrem Freund und Lebensgefährten der Arbeiterzeitung mehrere Bücher und Duelle zur Laus hing und sich mit ihrer kindlichen und herzhafteu Dilettant die Meinung der Redakteure erworben. Dieses lustige Mädchen, das sich weder rednerisch noch schriftstellerisch je irgendwie betätigt hat, sitzt jetzt hinter den hohen Gefängnismauern in Moabit und es ist dafür gesorgt, daß ihr der Aufenthalt in der Schutzhaft nicht etwa zu einer Erholung werde. Wohl hat sie nie politische Reden gehalten, doch ihre Gesinnung ist staatsgefährlich. Wie andere Frauen, die mehr mit dem Gefäß als mit dem Verstand der Politik nahe kommen, neigt sie zum Kommunismus, und da man monatelang erzählt hat, daß die Kommunisten Käuf und Räuber seien, so ist das Grund genug, um auch die kleine Gertrud Paul in Schutzhaft zu halten.

Schutzhaft bedeutet endlosen Kerker. Der gemeine Verbrechen weiß, daß er noch so und so vielen Monaten oder Jahren wieder in seine Freiheit gelangt; wer jedoch wegen seiner Gesinnung im Namen des „Sozialisten“ Roske eingesperrt wird, dem sind alle Tore der Hoffnung verbarren. Darum sehen wir auch so oft, daß dumpe Verzweiflung die Schubhäftigen erfasst. Wie in anderen Fällen hat auch hier der Untersuchungsrichter erklärt, daß absolut nichts gegen die Angeklagte vorliegt. Sie hat noch langer Arbeitslosigkeit, vielleicht auch aus Neigung zu einer Parteilichkeit als angelegte Stillekraft in der kommunistischen Partei gearbeitet. Das ist alles, und das genügt, um die Lebenshoffnungen eines jungen Menschenkindes zu zerstören.

Das Mädchen wollte gerade jetzt heiraten. Ihre Hochzeit war schon angelegt, als sie verhaftet wurde. Von der ganzen Rücksicht, die meurende Gertrud in Deutschland finden, sollte auch auf diese „politische Verbrecherin“ ein Strohl abfallen. Es wurde ihr gesehnt, daß sie zu ihrer Trauung das Gefängnis auf eine Stunde in Vergeltung eines Kriminalbeamten verlassen dürfte. Die Unabfahre hat auf diese Gnade verzichtet und schütet nun weiter über die Gleichheit aller vor dem Gesetz, die im „freiesten Lande der Welt“ so herrlich durchgeführt ist.

Die Kosten des englischen Eisenbahnstreiks. Der Schatzkanzler stellte im Unterhause mit, daß der Eisenbahnstreik den Staat etwa 10 Millionen Pfund Sterling gekostet hat.

Das Endergebnis der Wahlen zur Luxemburgischen Kammer stellt sich folgendermaßen: 27 Katholiken, 7 Radikale, 9 Sozialisten, 3 Mitglieder der Partei Brum und zwei der Volkspartei.

Ausschuss der jiddischen Nationalwahlen. Einer Jerusalemer Meldung zufolge beschloß der vorläufige Rat der Juden in Palästina, die Wahlen zu einer jiddischen Vertretung Palästinas vorläufig aufzuschieben.

Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten. Wie das Repöblikanische, so hat auch der Senat trotz des Vetos Wilsons das Verbot des Verkaufs von Alkohol gutgeheißen.

Gegen die Ausschaltung der Arbeiter- und Betriebsräte.

In den Sommerferien tagte gestern abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Arbeiterräte und Ausschüsse sämtlicher Industrie- und Gewerbebetriebe. Auf der Tagesordnung stand der Kampf in der Metallindustrie und die Ausschaltung der Arbeiter- und Betriebsräte. Als Referent führte Genosse Nathan an:

Der seit sechs Wochen dauernde Metallarbeiterstreik zeigt deutlich, daß er von den kapitalistischen Herrschern immer mehr zu einem politischen Machtkampf gemacht wird. Das geht aus ihren neuesten Anschlüssen auf die Rechte der Betriebsräte hervor. Die Unternehmer stellen sich jetzt auf den Standpunkt, daß durch den Streik das Arbeitsverhältnis gelöst und dadurch auch die Funktionen der Arbeiterausschüsse vorläufig erledigt seien. Die Reinstellung müsse jetzt ohne Zutun der Betriebsräte erfolgen. Bis zur Reinstellung der Betriebsräte, denen man dann die geschäftlichen Befugnisse einzumenden will, soll durch den Streik aus den betroffenen Betrieben eine Wahlkommission einberufen werden, die die Interessen der Arbeiterschaft bis zur Reinstellung zu vertreten habe. Gegen diese Anschlüsse wird die Wahlkommission mit aller Macht Stellung nehmen. Aber Aufgabe aller Arbeiter- und Betriebsräte muß es sein, die gesamte Arbeiterschaft auf die jetzt drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. Die Verhältnisse spielen sich immer mehr zu. Der Referent teilte einiges aus einem Rundschreiben der Unternehmer mit, wie man die Angelegenheiten in ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis bringen möchte. Ueber die Aufgaben der Betriebsräte heißt es darin, daß einerseits die Arbeiter noch nicht genügend gebildet sind, andererseits seien diese auch so mit der Existenz des Unternehmers verbunden, daß sie ihm allein überlassen bleiben müssen. Die Betriebsversammlungen seien nur Sammelplätze für Lüge und Deherei.

Der Redner forderte die Betriebs- und Arbeiterräte weiterhin auf, in den nächsten Tagen große Versammlungen zur Aufklärung der Arbeiterschaft abzuhalten. Es ist notwendig, daß sich für die kommenden Entscheidungskämpfe die Arbeiterschaft einig hinter den roten Vollzugsrat stelle. Wir müssen und demütigen sein, daß wir in einer historischen Zeit und mitten in der sozialen Revolution stehen.

Wenn in der nächsten Zeit der Streik vielleicht zum Abbruch kommen sollte, werden wir darauf bestehen, daß die Arbeiterräte wieder in ihre alten Rechte voll eingesetzt werden. Wo dies nicht geschieht, ist sofort an den Vollzugsrat Mitteilung zu machen. Auch gegen die Gewerkschaftsbureaucratie, die sich der Umformung der Gewerkschaften entgegenstellt, muß entschieden der Kampf geführt werden.

Hierauf teilte das Mitglied der Fünfzehner-Kommission Janke die Bedingungen der Metallindustriellen bei der Wiederaufnahme der Arbeit mit folgendem Inhalt mit:

1. Die Arbeit ist wieder anzunehmen.
2. Die Betriebe werden die Arbeiter nach Maßgabe der Vertriebsverhältnisse mit möglicher Beschleunigung wieder einstellen. Vor dem 15. 12. 19 darf der Platz eines aus Anlaß des Streiks noch arbeitslosen Arbeiters nicht durch betriebsfremde Arbeiter besetzt werden.
3. Die Arbeiterratsmitglieder, die nicht entlassen werden, nehmen sofort ihre Tätigkeit wieder auf. An Stelle der Entlassenen treten Stellvertreter. Eine Reinstellung findet statt, wenn die geschäftliche Arbeit nicht mehr vorhanden ist.
4. Maßregelungen finden nicht statt, Streikbrecher dürfen nicht bestraft werden.
5. Die neuen Löhne sollen vom Tag der Verlobung des Gesamtarbeitsvertrages bezahlt werden.

Die hierauf einsehende Diskussion genoss von einer sehr kampfesmutigen Stimmung. Von Seiten der Kommunisten wird der freude Ausdruck gegeben, daß man den politischen Charakter des Metallarbeiterstreiks endlich erkannt habe. Der Fünfzehner-Kommission wurde der Vorwurf gemacht, daß sie den Kampf nicht konsequent durchgeführt habe, die Offensive sei stets bei den Unternehmern gewesen. Es wurde vorgeschlagen, dem Unternehmertum ein Ultimatum zu stellen, bei dessen Ablehnung mit dem Generalstreik geantwortet werden soll. Auch der Antrag auf sofortige Proklamierung des Generalstreiks wurde gestellt.

Däumig teilte mit, daß die Verhandlungen mit den Metallindustriellen endgültig abgebrochen sind. Er sprach vor allem den anwesenden Funktionären im Gewerkschaftsbüro an, daß es nicht nur der Verleumdung beizutreten, sondern den Arbeitern bis zum letzten Mann alles mitzuteilen, was sie hierher gehört haben. Jeder Arbeiter muß informiert darüber sein, wie das Betriebsratsgesetz der Regierung aussieht, das den Kapitalismus sichern will und den Streik unmöglich machen will. Der Klasseninstinkt und die klare Niederlegung der Unternehmer sei nun auch dem Arbeiter zu wünschen. Der Sozialismus steht jetzt in einer geschlossenen Front dem Proletariat entgegen. Auch das ausländische Kapital ist dem deutschen zu Hilfe. Die Fäden gehen von den Büros der Arbeitgeber bis in die Kommissionen der Nationalversammlung; auch der Reformsozialismus muß notwendigerweise zu den brutalsten Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft ausschlagen. Alles sei jetzt eingestellt auf die Frage: Wie kann die gesamte Proletariat niedergebunden werden? Das Proletariat wird aber trotz allem den Sieg erringen, es wird im gegebenen Moment die notwendige Einheit finden. Er (Däumig) bejaure den Artikel in der „Freiheit“ vom Mittwoch vormittag.

Nathan sprach in seinem Schlusswort gegen einen sofortigen Generalstreik, der schon aus technischen Gründen nicht möglich wäre. Der Antrag wurde daraufhin auch zurückgezogen, aber bei der Stimmung und der Erhellung der Verhältnisse gegen das Unternehmertum wäre es gar nicht unwahrscheinlich gewesen, da her angenommen wurde. Die Versammlung bot ein erfreuliches Bild der Einigkeit und Nüchternheit. Sie bildete tatsächlich, wie Nathan es wünschte, einen Auftakt zum großen Entscheidungskampf.

Gegen zwei Stimmen wurde dann die Entscheidung angenommen, die wir auf der ersten Seite wiedergeben.

Wozu Geld da ist.

Es gibt in Deutschland gewisse Kreise, die das Abdrücken nicht los werden. Anhandern malen sie der Öffentlichkeit das Wespenhorst bevorstehender Unruhen vor. Wenn man nach den phantastischen Ausruhen des Zeitfreiwilligen, der Einwohnerwehr, der Sicherheitspolizei und der anderen schönen Körperschaften urteilen wollte, die uns Herr Rasse beschert hat, dann müßte Deutschland schon längst ausgehorben sein.

Die „Maraunen“, die „Suffe“ und die „Anordnung“ bestehen aber nur in der Phantasie jener Herrschaften, denen daran gelegen ist, eine große bewaffnete Macht auf den Weinen zu halten. Neben der Einwohnerwehr überschülten jetzt wieder die Zeitfreiwilligen die „überlässigen“ Einwohner Weidm mit Werbeausruhen. Der Studenten-Verbindungsorgan (auch eine Erziehungsinstitution der Revolution!), der im Unbesitzgebäude ein eigenes Bureau unterhält und täglich von 12-1 Uhr Sprechstunden abhält, hat es besonders auf die Herren Kommissarien abgesehen. Er wird für das Schatzkammerforsprey Zeitfreiwillige, für die in der Woche zweimal zwei- und dreimal M. A. -Lebungsstunde abgehalten werden.

Die Herren bekommen für eine solche zweitägige Übung die volle Tagesvergütung nach dem Dienstgrad einschließlich Reichswehrzulage. Ein Reutnant erhält 15 M., ein Feldwebel 8,50 Mark und ein Schütze 6 Mark. Das ist für eine zweitägige Übung natürlich eine glänzende Bezahlung und die Herren Kommissarien werden sich diesen Nebenverdienst sicher nicht entgehen lassen. Wir müssen in dieser horrenden Bezahlung aber eine ungeheure Geldverschwendung erblicken, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als die Finanzen Deutschlands völlig gerettet sind und die Regierung bei jeder Gelegenheit die Notwendigkeit zur äußersten Sparsamkeit betont.

Eine Sache für sich ist es noch, daß die Werbeausruhe unter Decorets, also portofrei, verfrachtet werden. Die Einwohnerversammlung grüßte dieselben Vorgänge. Nun behauptet die Regierung immer, Einwohnerwehr und Zeitfreiwillige seien keine militärischen Formationen, sondern Einrichtungen der Zivilbehörden. Wir vertritt sich mit dieser Behauptung die Tatsache, daß Reichswehrregimenten die Werbeausruhe



Parteigenossen!

Um unser Ziel,

die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens, zu erreichen und damit die Herrschaft des kapitalistischen Systems in Politik, Wirtschaft, Geistesleben unter dem Protektorat der Scheinsozialisten zu überwinden, gilt es, das Proletariat durch rücksichtslose Aufklärung für den Klassenkampf zu schulen. In ständiger Arbeit die Massen für den Sozialismus zu erziehen und sie zu Kämpfern für den sozialistischen Staat heranzubilden.

das ist die Aufgabe der „Freiheit“

Deshalb muß jeder Parteigenosse und Gesinnungsfreund nicht nur selbst die „Freiheit“ weiterbeziehen, sondern

unablässig neue Leser werben.

Dazu ist jetzt beim Monatswechsel die beste Gelegenheit. Aus jeder Arbeiterwohnung muß der arbeiterfeindliche „Vorwärts“ und die andere bürgerliche Lügenpresse verschwinden.

Jeder muß arbeiten, jeder seine Pflicht tun,

so ist die „Freiheit“ der machtvollste Ausdruck des sozialistischen Gedankens sein und bleiben.



verschieden und die Übungen dieser Formationen leiten und befehlen? Der Postminister Giesberts hat neulich in der Nationalversammlung ausgesprochen, daß die portofreie Verschickung von Briefen den Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen nicht zustehe. Er wollte diese seit Monaten bekannte Tatsache nicht glauben und erbat sich Briefumschläge, um das Rötliche zu veranschaulichen. Wir können ihm mit entsprechendem Material behilflich sein.

Fürchterliche Judenmorde in Polen und in der Ukraine.

Die nutzigen Pogrome, die sich besonders in Warschau bei der Befehung der Stadt durch polnische Militär im Frühjahr ereigneten, sind jetzt durch eine amerikanische Untersuchungskommission an Ort und Stelle untersucht und festgestellt worden. Im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte Dr. Paul Nathan die Resultate dieser Untersuchung, aus denen hervorgeht, daß die polnische Soldateska volle zehn Tage in Warschau gewütet hat, abgesehen von den Einmärschen in anderen Städten in der Gegend. Die Polen behaupteten der Kommission gegenüber, daß es in Warschau zu Straßenkämpfen gekommen sei und daß dabei auch Juden getötet worden wären. Unter den Getöteten befanden sich viele Kinder und Greise, die sich gemeinsam nicht an Straßenkämpfen beteiligen, auch ist nicht ein Christ darunter. In diesen Tagen sind in Warschau ungefähr 2000 schwere Verbrechen begangen worden, Morde und Minderungen, von denen nicht ein einziges durch die Lokalbehörden eine Sühne gefunden hat. Das alles steht allemmäßig fest.

Nach noch schlimmer als in Polen wüteten die Pogromisten in der gesamten Ukraine. Bei den ukrainischen Judenmorden wurden rund 40 000 Menschen getötet, gegen 100 000 verwundet und zu Krüppeln gemacht und fast 10 000 Frauen geschändet. Der Schaden an Hab und Gut ist auf weit über 100 Millionen Rubel zu beziffern. Einzelne Fälle beweisen die ganze Entschiedenheit dieser Vorgänge:

In dem Städtchen Trojtsch in Podolien sind jüdische Männer überhaupt nicht am Leben geblieben. Man hat sie — in runder Summe 500 — alle getötet. Es gibt dort heute 900 Witwen und Waisen. In Dnipro haben im ganzen dreimal Pogrome stattgefunden. In Pelschin in Podolien fand zunächst ein Pogrom statt. Nach dem Pogrom wurde die gesamte Ortschaft, die aus Holzhäusern besteht, angezündet und völlig niedergebrannt. In Elisabethgrad im Gouvernement Cherson hat man 80 000 Juden ausgeraubt. In Tschernobyl im Gouvernement Ales sind rund 1500 Menschen getötet worden. In Woskresensk fand gleichfalls ein Pogrom statt, und es wird zum Schluß nur eine einzige Reueauslage der verbleibenden Bronza Skulptur hinterlassen: Wir verstedten uns alle, die wir uns retten konnten, in der Klostergrube. Als ich heraustrat, fand ich in einem Zimmer den erschlagenen Vater; im zweiten Zimmer Schwester und Tante erschlagen; in den Flügel hatte man hin-

eingeschloß die toten Brüder und meinen Mann. Das Haus war ausgeplündert.

Diese schrecklichen Bluttaten sind ein Beweis dafür, wie tief die Methoden des alten zaristischen Regimes in das Volk eingegriffen sind. Krieg, Revolution, Verleumdung und Ernährungs-schwierigkeiten haben die Bevölkerung kulturell noch tiefer sinken lassen. Juden und Revolutionäre sind in den nichtsozialistischen russischen Landesteilen, besonders in der Ukraine, Genuß. Es wird ungeheure Anstrengungen der Westmächte bedürfen, diesem Rückfall in die Barbarei Einhalt zu gebieten. Ob die Westmächte bei ihrer eigenen Interessenspaltung heute überhaupt in der Lage sind, das russische Problem zu lösen, ist allerdings eine schwer zu bejahende Frage.

Der Kampf gegen Sowjet-Rußland.

Erfolge der Bolschewisten.

Gefängnisse, 20. Oktober.

Ein der Nordwestfront haben die Bolschewisten erhebliche Erfolge erzwungen. Zudenisch gibt den Verlust von Krasnojarsk zu, während die Bolschewisten die Wiedereinnahme Kaspins behaupten. Der Stab Zudenisch soll nach Jamburg abgezogen sein. Der Kampfwert der bolschewistischen Truppen soll vorzüglich sein. Die Bolschewisten zogen alle verfügbaren Truppen aus Karelien und Archangelst her an und bereiten anscheinlich einen entscheidenden Schlag vor. Die englische Flotte bombardierte erneut Krasnojarsk.

Der Kampf mit Denikin.

Amsterdam, 20. Oktober.

Laut Meldungen englischer Blätter berichtet der Chef der britischen Militärmission bei General Denikin vom 24. Oktober, daß auf der ganzen 700 Meilen langen Front von Sarazin bis Riew heftige Kämpfe entbrannt sind und daß Denikin in der Richtung auf Modlau neue Fortschritte erzielt hat. General Wrangel steht 80 Meilen nördlich und 50 Meilen nordwestlich von Sarazin. Zwischen Sarazin und Motosch ist die Donarmee auf einer Front von 120 Meilen in den letzten Tagen bis 55 Meilen vorgeückt. Am 23. Oktober wurde der wichtige Bahnknotenpunkt Jelitz, 230 Meilen südlich von Modlau genommen. Die Bolschewisten melden unter dem 26. Oktober die Einnahme von Woronesch.

Frankreich und England entziehen Koltchal angeblich die Unterstützung.

H.N. New York, 20. Oktober.

„New York Sun“ erzählt, daß England und Frankreich sich darüber geeinigt haben sollen, Koltchal ihre weitere Unterstützung zu entziehen. (P)

Britisch-russischer Gefangenenaustausch.

T. U. London, 20. Oktober.

Der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten erklärte gestern im Unterhaus, daß die englische Regierung mit der russischen Regierung über einen Austausch der Kriegsgefangenen zu verhandeln versuche. Eine Zusammenkunft der Vertreter beider Länder werde binnen kurzem in Dänemark stattfinden. Der Unterstaatssekretär erklärte weiter, daß die englische Regierung der russischen Regierung droht, daß sie englische Regierung und Trost und die übrigen in Frage kommenden Personen für die Behandlung der englischen Kriegsgefangenen verantwortlich seien.

Das neue englische Kabinett.

T.U. London, 20. Oktober.

Im Unterhaus hat Bonar Law die Wiederherstellung des zwanzigjährigen Ministeriums statt des fünfjährigen Ministeriums während des Krieges mitgeteilt. Es setzt sich wie folgt zusammen: Lloyd George, Ministerpräsident, Bonar Law, Großgrundbesitzer, Balfour, Vizepräsident des Staatsrates, Chamberlain, Kanzler des Schatzamtes, Barnes, ohne Portfeuille, French, Vizepräsident von Irland, Macpherson, erster Sekretär von Irland, Birkenhead, Lordkanzler, Curzon, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Milner, Kolonialminister, Churchill, Minister für Flugwesen und Krieg, Montagu, Minister für innere Angelegenheiten, Long, Erster Lord der Admiralität, Munn, Minister für Schottland, Sir Andrew Geddes, Minister für den Handel, Dr. Addison, öffentliche Gesundheit, Leo, Landwirtschaftsminister, Fisher, Minister für Unterricht, Sir Robert Horne, Minister für Arbeit, Sir Eric Geddes, Minister für Transportwesen.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunfälle in Oberschlesien.

Beuthen (O.-Schl.), 20. Oktober. (Antik.)

Gestern abend 8 Uhr entgleiste auf der Kleinbahnstrecke Königsbrunn-Schwentenloshütte-Beuthen an einer Kurve am Chausseerübergang vor der Weiche Nebenfließ-Schacht der Kleinbahnzug 180, bestehend aus Motor- und Beiwagen. Der Motorwagen stürzte um. Drei Personen wurden leicht, eine schwer verletzt. Auf der Kleinbahnstrecke Königsbrunn-Antoniushütte-Beuthen entgleiste zu gleicher Zeit in Bismarckhütte ein Beiwagen des Zuges 62 und stürzte um. Dreißig Personen wurden leicht verletzt. Die Ursache ist in beiden Fällen Schleifen des Zuges infolge Sprüherregens und Beeinträchtigung der Fremdbremse durch starken Laubfall auf dem dortigen Gefälle.

Befetzung des Kraftwerks Moabit

„Freie Welt“

Heft 24

Bei jedem Zeitungsbandler zu haben!

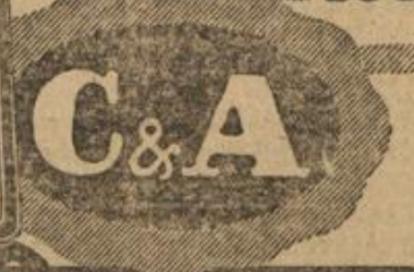
Wenn Sie selbst



sich in einem dieser beiden
Wollkleider sehen könnten,
dann würde Ihnen sicherlich die Wahl
zwischen beiden außerordentlich schwer fallen.
Beide sind entzückende Muster moderner Kleider
aus sehr gutem Wollstoff gefertigt, mit eleganter
Stikerei und sonstiger schöner Verzierung und kosten
bei uns

das linke **185.-** das rechte **195.-**





Rönigstr. 33
Am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseestr. 113
Beim Cöllner Bahnhof

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am Bülowplatz.
7 1/2 Uhr: 's Jungferncitt.

Opernhaus
1 Uhr: Martha.

Schauspielhaus
8 Uhr: Maria Stuart.

Deutsches Theater
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Clavigro.

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Die Büchsen der Paadora

Königsplatz-Strasse
7 1/2 Uhr: Die Traumspindel

Berliner Theater
7 10 Uhr: Hummel-Studenten.

Königsstadt-Theater

Alexanderstr. 21.
Theat. 7.30: Spezialitäten und Varietés - Burleske: Auf im Königstadt-Kutsch in drei Bildern.

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
7 1/2 Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2
Die Welt im Jahre 2000
Sonntags 3 1/2 u. 7 1/2. Erwachsene 1 Kind frei.

Wintergarten.
täglich 7 1/2 Uhr
Variétévorstellung
Kasschen gestattet.

Theater am Kotbuser Tor.
Toll: Moritzplatz 14. Nr. 1.
Jed. Abend 8 1/2 Uhr
Sitt-Sänger
9 in dem Mädel der Berliner Sängers.
Sonntags 8 1/2 Uhr
Abend-Programm: 1 Kind frei.
Kasschen gestattet.
Vorverkauf: 11-12 u. 4-6 Uhr.

Das Kino des Ostens

M.L

MARIANNEN-LICHTSPIELE

WRANGELSTRASSE 11
am Mariannenplatz

ERÖFFNUNG

in den nächsten Tagen

Lessing-Theater

Direktion: Viktor Herzogsky.
7 1/2 U. Carita, die Fante.
Freitag 7 1/2 Uhr: Peer Gynt.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Die ersten Male.
Frühstück 10 Uhr -
Der grüne Kakadu.
Cilla Döring, Ila Grönberg,
Dagmar Servus, Fritz Dellus,
Hanna Fischer, Olga Köppler,
Conrad Veidt.
Sonnt. 7 1/2 Uhr: Fräulein Jolke.
Der grüne Kakadu.

Deutsches Kunst-Theater
Allabendlich: Cyprienne
Georgine Konstantin, Kurt
Göts, Erich Walter.

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße
Täglich Maskerade.
4 1/2 Uhr.
Sonnt. 4 Uhr: Aschenbrödel.
Sonntag 4 Uhr: Johannissever

Komödienthaus
von der
10 Uhr: Liselott Platz

Residenz-Theater.
Städtische Jannowitschbrücke
Täglich
4 1/2 Uhr: Die höhere Leben
Sonnt. 4 1/2 Uhr: Hansel u. Gretel.
Sonntag 4 1/2 Uhr: Der gute Rat.

Casino-Theater
Lohthaler Str. 27. Tägl. 7 1/2 Uhr:
Großstadt-Pflanzen
Volksstück in 3 Akten.
Vorher: „Schwarzwaldbühne“
Operettenakt mit Victor Litzke
von der Königin Oper.
Dann: verschiedene Spezialitäten.
Sonntag 4 1/2 Uhr: Mädchenstre.
Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Wahai-Theater
Wein-
berweg
7 1/2 Uhr: Eine Frau wie Du.

MARMOR HAUS

Berlins
Tagesgespräch:
Der Kolossalfilm
Pest in Florenz

Der italienischen
Reinassance nach-
erzählt v. Fritz Lang
Regie: Otto Rippert
Vorverkauf 11-1 Uhr

THEATER
AM
MORITZPLATZ

Bei Mama Knoriz'sen

Elsasser Straße 26

Roland-Festsäle

Liane Leischner

heute
Ehrenabend

Nach der Vorstellung Tanz.
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Auftreten erster Kabarett-Kräfte.
Gute Küche! Bier- und Wein-Diele.

Oranien-Palast

Oranienstr. 40/41. Opern-Orchestra
Heute, Donnerstag 7 1/2 Uhr
Gr. Ehrenabend
für die beliebte Parodistin
Lene Neumann
Gastspiel
Anna Müller-Lincke
und weitere 12 Attraktionen.

Schwarzer Kater

Schaubühne Moritzplatz
(früher Buszenhagen)

Das Riesen-October-

Variété-Programm

Anfang 8 Uhr
Sonn- und Feiertags: 2 Vorstellungen
3 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends
Nachmittags kleine Preise
Vorverkauf Sonntags zwischen 12-3 Uhr
an der Kassentasse

Den
allergrößten
Erfolg haben die
kleinen Anzeigen
in der Abend-
ausgabe der
Freiheit!

Spezialbehandlung

C. Weissert, Invalidenstr. 147
1. Etage, Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung über
sachgemäße Behandlung
Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12.

„Aufbau und Werden“

Gesellschaft für praktische Volksaufklärung.
Bilanz-Aufbau und Kritik.
9 Vorträge

von Wilhelm Nellenburg, ehem. Lektor (Shell-Hilfswirtschaft) unter besonderer Berücksichtigung der auf Grund des in Beratung befindlichen Gesetzes über die Betriebsräte an die Arbeiterschaft gestellten Anforderungen in der Agria des Sozialen-Lyzeums, Weinmeisterstr. 18/17. Die Vorträge finden allwöchentlich Freitags statt: I. Vortrag: Beginn abends 6 Uhr, Ende 7 1/2 Uhr. II. Vortrag: Beginn abends 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. Erster Vortrag Freitag, 24. Oktober 1919, alsdann am Freitag jeder folgenden Woche.

Bilanz-Aufbau.
I. Teil.
1. Abend, 24. 10. 19: Entstehung, Grundlagen und Anknüpfung der Bilanzen. Literaturangaben.
2. Abend, 31. 10. 19: Bewertung: Aktiv- und Passiv-Posten, Reserven, Rückgewinn.
3. Abend, 7. 11. 19: Geschäftsbericht, Dividendenpolitik, Grundlagen der Bilanzkritik; ihr Wesen, ihre Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen.
4. Abend, 14. 11. 19: Zergliederung einer einfachen Bilanz, Statist. Volkswirtschaft und Bilanz, Diskussion.
Bilanz-Kritik.
II. Teil. Die Bilanz vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus.
5. Abend, 21. 11. 19: Wrangel-Bilanz (Entscheidungskosten), Bilanz einer chemischen Fabrik (Reklame, Unkosten).
Wegen der übermäßig hohen Zahl der Teilnehmer sind wir genötigt, die Vorträge zu teilen. Es finden nunmehr an jedem Abend zwei gleiche Vorträge statt; der erste von 6 bis 7 1/2 Uhr, der zweite (Wiederholung) von 7 1/2 bis 10 Uhr. Die Teilnehmer, denen der Besuch des ersten Vortrages schon möglich ist, werden im Interesse desjenigen Besuchers, die erst zum zweiten Vortrag kommen können, dringend gebeten, schon um 6 Uhr (erster Vortrag) zu erscheinen. Um Störungen während des Vortrages zu vermeiden, bitten wir um pünktliches Erscheinen.

„Aufbau und Werden“. Gesellschaft für praktische Volksaufklärung, Berlin W 62, Lutherstraße 19.

Geschäftsverlegung!

Infolge Vergrößerung haben wir unser Geschäftslokal nach Weinmeisterstr. 18 (Eingang Gormannstr.) verlegt u. bieten in bedeutend erweiterten Geschäftsräumen zu bekannt billigen Preisen reichste Auswahl in Gardinenstoffen u. -Rollen. Mehr von vier Mark an. Abgepaßte Schalgardinen Fenster zweifach, Mark Elegante Kasten-gardinen (erstklassig) aus feinsten Tüllstoffen, Mullstoffen und bestem Modestoffen Fenster fünfzehnfach bis einhundert Mark, Tüllbretter, Lang- und Halbrosen fünfzig Mark an. Satin-Steppdecken u. -Unterlagen, weiße u. bunte Wolldecken, Schelben- und Zoggardinen. Bestehend ist die Reichhaltigkeit unseres Lagers in Teppichen (Bridalwedder) von 500 - Tischdecken 20,-, Diwenddecken 70,- an (Cobalt und Plüsch, schönste Perlenmuster), Wanddekorationen, Brücken, Bettvorlagen, Laufferstoffe usw. Günstigste Bezugsquelle auch für Wiederverkäufer! Beachten Sie unsere neue Adresse! Erster Spezialhaus für Garmischkuchen Herzie & Weiglauer, Berlin C, Weinmeisterstr. 18 (Eingang Gormannstr.), zweite Etage.

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 88 % in Zahlung genommen!

Billigste Preise für fesche Pelzmäntel!

Plüschmäntel!

1500, 2100, 2700, 3500

beste Qual. 350, 495, 685, 890

Mollige, warme Ullster, tolle Formen . . . 75%, 90, 125, 168, 245,
Wundervolle Kostüme mit Pelzgarnierungen 186, 245, 330, 450, 690,
Imprägn. Seidenmäntel 128, 175, 215,
Mohair-Astrachan-Mäntel 250, 336, 415,
Phantastie-Röcke 36, 48, 64, Sport-Jacken 53, 69, 85.

Pelzgefütterte Sportmäntel 600, 900, 1500.

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, 2. Geschäft: Berlin NO,
Mohrenstrasse 37a. Gr. Frankfurter Str. 115.
Sonntags geschlossen!

HANDWAGEN

liefern wir
5 Tage
zur Probe
auf Wunsch
gegen

Monatsraten
Verlangen Sie sofort illustrierte
Broschüre für 1919
gratis von 1919

Mira, Berlin S 42
Alexanderstr. 97

Metallankauf

Kupfer, Messing, Zinn usw.
Gold, Silber, Platin, Metall-
schmelzwerk, Waldemarstr. 74

Spezial-Arzt

Dr. med. Lommer
Geschlechts-, Haut-, Fisiol.
Behand. schnell u. sicher ohne
1. erkrankung. Tollatz
Brunnerstr. 185
(Nahe Rosenthal Pl.) Sprechz.
11-12 u. 4-6. Sonnt. 9-12U.

280 Mark kostet konker-
renlos direkt in der Spezial-
fabrik ein moderner Jackett-
anzug, unverwundlicher Stoff,
allerbestes Futter; Knaben-
anzüge weit billiger. Rück-
gabe über Bahnhöf Alexander-
platz. Direktionstr. 25.

Piano,

Klavier 675, Nußbaum-piano,
Konzertpiano verkauft

Schewelles,
Frankfurter Allee 78.

Achtung! nicht ver- Achtung!
bedenken
Metall-Einkaufsstelle
zahl! für
Kupfer pro Kilo 5,-
Messing „ „ 4,-
Zinn „ „ 3,-
Bronze „ „ 3,-
Alu. „ „ 2,-
Schariewski & Kautz
Görlitzstr. 10. Tel. 107

Spezial-Arzt

für Geschlechts-, Haut-, Horn-,
Frauenleiden, speziell vererbte
hereditäre Nervenleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Uteri-
und Blutuntersuchungen. 2 1/2 Separates Damenzimmer.
Erste und älteste Heil-Anstalt Löser
Spezial-Arzt
Dir.: Löser senior. Dr. Skotti
Ecke Lindenstraße.
Rosenthaler Straße 69-70. 9-1, 4-6, Sonnt. 10-1.

Platin 80.- Mark. Brillanten, Perlen,
Gold, Silber kauft
FuB, Seydelstr. 32 (Eckhaus Spittelmarkt).

Vor Verkauf von
Platin
arbeiten, zahlr. konk-
urrenzlose Preise
Metallkontor
Alte Jakobsstr. 135
Moritzpl. 12888

Deutsche Nationalversammlung.

Mittwoch, den 29. Oktober 1919.

Die Reichswehr.

Der Haushaltsausschuss beantragt eine Entschließung auf angemessene Erhöhung des Besoldungsgeldes und des Gehalts...

Abg. Stöckel (Soz.): Niemand von uns, auch Scheidemann nicht, hat die Reichswehr beschimpft. Der Vortredner ist Bürgermei...

Die Regierung hat die Aufgabe, die Heimkehrer aufzuklären. Manche Offiziere haben aber die Aufklärungsbroschüren verbrannt...

Abg. Köden (Zent.): Das Heer muß entpolitisiert werden; es darf nicht der Stummelplatz politischen Streites sein. Das gilt erst...

Abg. Gräfe (Dnat.): Mit dem Kampfe gegen unsere alte Krone hat das Amt...

Man hat mir zugemutet, von dem Artikel Ludendorffs über die Reichswehr abzurufen. Ich konnte nicht daran. Es ist bedauerlich...

Del der Hauptabteilung der Zensur

Ist er willkürlicher und parteilicher als irgendeine Behörde vor ihm. Im Hauptauschuß haben die Parteien der Linken — wahrscheinlich...

Die neue Verfassung verleiht jedem Deutschen das Recht der freien Meinungsäußerung. Niemand darf ihn daran hindern. Zu diesem...

Reichswehrminister Noske:

Die Ausführungen des Abg. v. Gräfe haben der schweren politischen und finanziellen Lage des Reiches nicht Rechnung getragen. Was er rief...

Der Marineetat ist schon auf 15 000 Mann herabgegedrückt. Dagegen ist die Verringerung des Heeres nicht in dem Tempo erfolgt, wie wir es geplant hatten. Bei der Auswahl der Offiziere...

händigsteit hat das Blatt sich erdreistet, einen so ehrenhaften Mann wie den Reichspräsidenten in nichtwürdiger Weise bezuzurechnen. (Sehr richtig! links, Unruhe rechts.)

Reichsminister Dr. David: Wenn man Herrn von Gräfe gehört hat, so weiß man, weshalb das deutsche Volk in ein so entsetzliches Unglück hineingekommen ist.

Rechterweiterung und Eroberungen

Abg. Mumm (Dnat.): Wer hat das gewollt? Große Unruhe links und Zurufe: Sie selbst! Sie, Herr Mumm, sind hinter der Front umhergereist...

Abg. Dr. Haas (Dem.): Der unbeschränkte U-Boot-Krieg und der Krieg mit Amerika haben uns die Niederlage gebracht. Es ist unerträglich...

Abg. Roenen (U. Soz.):

Wenn die Reaktion wieder so dreiste Reden hält, wie wir es von Abg. Gräfe erlebt haben, so sind das die Produkte der Versöhnlichkeit...

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Aus dem Manuskript übertragen von Hermynia Zur Kühlen.

Am nächsten Morgen fand sich Jimmie in einem überfüllten Gerichtssaal ein. In dem ein gestrenger, feierlicher Richter...

Das Ergebnis des Prozesses war, daß jeder der Angeklagten zu einer Buße von zehn Dollars verurteilt wurde. Genosse Gerritt weigerte sich...

VI.

Die fünf Männer wurden über die sogenannte „Seufzerbrücke“ ins Stadtgefängnis geführt. Hier ward abermals ihr...

zu einem „Lanz“. Ein „Lanz“ war ein Stockwerk dieses vierstöckigen Kastens; auf jeder Seite befand sich ein Dutzend vergitterter Zellen...

Tag man etliche Minuten auf der Brücke oder lehnte man sich gegen die Mauer der Tanks, so empfand man gleich darauf ein unangenehmes stechendes Gefühl...

Im Gerichtssaal als Held und Märtyrer zu stehen, war schön und erhehend. Nun jedoch entdeckte Jimmie, wie dies so manchem Unglücklichen geschehen, daß es gar nicht so angenehm ist...

Jimmie Higgins freilich brachte eine andere Atmosphäre ins Gefängnis mit. Jimmie konnte seine Arbeit ebenso gut im Gefängnis wie anderswo tun. Bis auf das Unangenehme...

lariats, in dem jedermann ein Recht auf seine Erzeugnisse haben und keiner seinen Mitmenschen ausbeuten wird.

VII.

Drei Tage verfloßen, am Nachmittag des vierten wurde Jimmie ins Besuchzimmer gerufen. Er erriet, wer der Besuch sei, und begab sich klopfenden Herzens hinunter. Durch das Drahtnetz sah er Lizzie, angstvoll die Hände zusammengepreßt...

Das einzige, was ihm Sorgen verursachte, sei die Familie. Er wußte, daß sie nichts im Hause habe, und der arme Weizner könne nicht noch vier hungrige Mäuler ernähren. Lizzie jedoch zwang ebenfalls ein Lächeln auf ihr Gesicht...

„Wie hast du das gemacht?“ rief Jimmie vorblüffend, denn er vermeinte alle häuslichen Ausgaben zu kennen. Und Lizzie erklärte, er hatte sich eine Verschwendung geleistet...

Rosy'scheitend, philosophierend kehrte Jimmie in seinen Lanz zurück. „Diese Frauen! Sie sind nicht unterzukriegen!“

(Fortsetzung folgt.)

jaugt schlimmer als je an dem Wort des Gottes. An amtigen Stellen glaubt man, die allgemeine Dienstpflicht bestehe immer noch. Auf die Beschwerte eines Vaters erklärte ein General-Kommando, der Sohn könne nach nicht entlassen werden, weil er seiner Dienstpflicht noch nicht genügt habe. Und eine Petition in der Angelegenheit hat der Ausschuss der Nationalversammlung für erledigt erklärt. Die Verhandlungen für das Wahlrecht werden bis heute noch fortgesetzt, obwohl Herr Müller das abgelehnt. Vorher haben wir eine Menge Material darüber den amtlichen Stellen übergeben. Die falschen Urteilsurteile, mit denen die Angewandten über die Grenze kommen, werden in Berlin mit amtlichen Stempeln versehen. Am Montag ist sogar von Tempelhof ein Eisenbahntransport abgegangen. Die Arbeiter zahlen den Eisenbahnbeamten Schmiergelder, damit sie die Transporte unterstützen. Vor einigen Tagen sollte der gesamte Bestand des Bahnhofs Mitau verschoben werden. Die Beamten wurden verhaftet, aber von Offizieren wieder befreit. Das ist die

Kantate unter der Diktatur Kosses.

In der französischen Kammer haben unsere Genossen offen ausgesprochen, daß das deutsche Reichswehrministerium gemeinsam mit den französischen Militärbehörden und Imperialisten die Kämpfe im Baltikum führt. (Weiterheit, die Minister Kosses und Reinhardt haben.) Es wurde auch festgestellt, daß 6000 Mahlkornmehle Ergaberger auf seinen Wunsch zu dem Jura überführt worden seien, um gegen die Revolution gebraucht zu werden. Um die Verfügungen des Reichswehrministeriums nicht zu verletzen, hat das Reichswehrministerium sich kein Recht mehr; das beweisen die Fälle von der Goly und Oberst Reinhardt. Hauptmann von Pflug-Darlung, der im Plebiscit-Prozess eine Rolle gespielt hat, ist immer noch im Dienst. Und andere Männer sind zu Offizieren befördert worden. Die Hilfe der noch im Dienste befindlichen Generale entspricht fast ausschließlich feudale Romen. Wenn ein Hohngeißel oder Militärkader eines Tages wieder erscheint und Herrn Kosses absetzt, so hat er sofort wieder einen fertigen Apparat, denn diese Herren werden sich ihnen mit der größten Liebe zur Verfügung stellen. Der Major von Gillsa ist immer noch die rechte Hand des Ministers; er hat es noch nicht für nötig gehalten, einen Offizier aus seinen Kreisen an seine Stelle zu setzen. Das Streikrecht, das heiligste Gut, das wir haben, wollen die reaktionären Generale dem Proletariat nehmen. Und wie die Arbeiter so das Recht.

Nach der Verfassung darf

die Verhängung des Befehlsgewaltshandels

und das Eingreifen des Militärs nur im Inneren und in den Zivilbehörden durchgeführt werden. Die Militärs setzen sich aber in Mitteldeutschland, wo Unabhängige die Kreisbehörden befehligten, über diese Bestimmungen in der unerhörtesten Weise hinweg. Wir verlangen Aufhebung des Verbotes der „Republik“, des Organes der Arbeiter. Der „Vorwärts“ hat ebenfalls alles zurückgenommen, was er feierlich gegen den Genossen Herzog vorgebracht hat. Wir sind mit den Deutschnationalen einig, daß die Zeitungszensur aufgehoben werden muß. Ich frage die Regierung, ob es richtig ist, daß für den 9. November besondere Bestimmungen erlassen worden sind. Dieser Revolutionskrieg ist für und schon lange kein Feindeskrieg mehr. In Königsberg ist der Hungerstreik ausgebrochen. Sie (zur Medizin) brauchen eine Arznei für die Revolution. Wir müssen nicht, daß auf diese Weise Eisenarbeiter vergeudet werden. Zwischen Kosses und Wilhelm sind sehr große Meinungsverschiedenheiten. Sie haben 1870/71 28 000 Fote gehabt, wenn es uns nicht gelang, die Waffen im Baum zu halten, dann wird diese Zahl im inneren Krieg bald überhöht sein. Es gibt keine Brücke von den Rechtsnationalen mehr zu uns. (Sich bei der Mehrheit, Beifall bei den U. Soz.)

Reichswehrminister Kosses: Wenn sich die Unabhängigen über Gewalt bekümmern, so wird das immer konflikt. In Berlin hat im Gegensatz zu Paris kein Loser lang gehalten. Er hat es ständig überstanden, denn nachts ist er Schokolade. (Stürmische Heiterkeit.) Die Anweisung, daß Schulbücher auch mit ihren Verfassern nur in Anwesenheit eines Vorkens sprechen dürfen. A. darauf zurückzuführen, daß bei einem Schulbuch ein Autor gelassen wurde, auf dem stand: Ob vom Verteidiger ruhig den Brief mit, er ist absolut sicher. (Stell. Hör.) Die Frage, ob ich mit der französischen Generalen Dupont und Rouleaux einen geheimen Rat für den Krieg in Ausland habe, erachtet an das Wort, daß jemand mehr innen kann, als handelt Geschehe zu lehren vermögen. (Heitere Zustimmung.) Vielleicht ist nach Herrn Kosses der ganze Friedensvertrag nur ein Scheinvertrag.

Die französischen Sozialisten greifen jeden Ansturm auf, den die deutschen Unabhängigen verzapfen.

Die Zahl der Opfer des Bürgerkrieges

ist entsetzlich hoch. Der Vorkrieg hat aber toll überleben. Für München beträgt die Zahl 500 bis 700, für Berlin in der Märzwoche etwa 1200. Aber haben wir etwa angefangen? Wir haben nur abgemehrt. Es werde nicht vergessen, was ich als Abgeordneter gesagt habe. Aber es besteht ein Unterschied zwischen damals und heute. Von einer Umgehung des Friedensvertrages kann keine Rede sein. Die Freiwilligen sind eine Freiwehrgewalt zur Befreiung des Landes im Innern. (Ruf bei den U. Soz.: Die schrecken! Feuerwehr mit Maschinengewehren.) Die französischen Sozialisten haben uns während des Krieges empfohlen, Revolution zu machen, dann würden wir einen billigen Frieden bekommen. Jetzt sagen sie Deutschland müsse entwaffnet werden, dann würden sie folgen. Den billigen Frieden haben wir nicht bekommen, und ich fürchte, wir werden die Entwaffnung auch nicht bekommen. (Sehr richtig!) Die Reichswehr muß ein bedingungsloses Verbleiben in der Hand der Regierung sein. (Sehr richtig!) (Beifall bei den U. Soz.)

Präsident Fehrenbach: Der Reichswehrminister hat von nichtwählbarer Deputationen gesprochen. Wenn er das mit Bezug auf ein Mitglied des Hauses gesagt hat, so muß ich es als ungeschicklich rüben.

Das Gehalt des Reichswehrministers wird hierauf gegen die Stimmen der Unabhängigen und einiger Deutschnationaler bewilligt.

Herr Abgeordneter (Soz.): Die Entschädigung Anstalts und Genossen, der Oberbefehlshaber soll bei der Verhängung des Befehlsgewaltshandels unparteiisch und nur nach sachlichen Gründen verfahren, sollen sie für überflüssig und selbstverständlich. Die Sozialdemokratie ist grundsätzliche Gegnerin des Befehlsgewaltshandels. Sie verlangt seine Aufhebung, wenn auf die Anwendung des Gewalt zur Erreichung politischer Ziele, sei es von rechts oder von links, verzichtet wird.

Der deutschnationaler Antrag wird darauf abgelehnt. Die Entschädigung des Ausschusses über die Verfestigung der Reichswehr wird angenommen. Damit ist der Oberbefehl erledigt.

Beim Haushalt für das Reichsmilitärgericht tritt Reichswehrminister Kosses mit, daß ein Beschlusseinstimmungsbescheid über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit dem Hause nach den Berlin zugehen soll.

Es folgt dann die Beratung des Marineetat. Nach weiteren Ausführungen der Abgeord. Bruchhoff (Dem.), Andra (Centr.) und Oberfohren (Soz.) geht Admiral v. Trotha der gefassten Beschlüsse und verspricht, daß in der neuen Marine der Mensch zur Geltung kommen solle.

Nach kurzer Aussprache wird der Etat angenommen. Ebenso die Etats für den Reichstag, den Rechnungshof, die Reichsdruckerei, die Reichsdruckerei und die allgemeine Finanzverwaltung. Damit ist die zweite Lesung des Haushaltsplans beendet.

Das Haus verläßt sich. Donnerstag 9/11 Uhr: Staatspremiemonopol und dritte Lesung des Etats.

17. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

1. Verhandlungstag.

Bremen, den 27. Oktober 1919.

Heute begann hier der vom Verbandsvorstande Deichmann mit einer Begrüßungsansprache eröffnete 17. Verbandstag des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, an dem u. a. auch Wöhe aus Dänemark anwesend sind.

Zur Leitung des Verbandstages werden 3 Vorstehende: Deichmann-Bremen, Franz-Dresden, Lange-Hamburg und 6 Schriftführer gewählt. Des weiteren wurden die Statutenberatungs-, Mandatsprüfungs- und Beschwerdelkommissionen gewählt. — Die Sachliste Sieben beantragt: Die Vandalensteuer ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, ebenfalls das Rätegesetz. Deichmann erklärt, die Vandalensteuer im Geschäftsbericht behandeln zu wollen, womit der Antrag erledigt ist. Die Frage „Wiederkauf des Wirtschaftslebens und des Rätegesetzes“ wird als 6. Punkt auf die Tagesordnung gesetzt. Es wird zum Punkt Geschäftsbericht und zum Punkt 8 beantragt, je einen Korreferenten zu wählen. Für Punkt 8 wird Müller-Verlin in Vorschlag gebracht. Der Korreferent zum Geschäftsbericht wird abgelehnt und zum Vorschlag Müller als Korreferent zum 8. Punkt bemerkt Deichmann, daß hierfür nur Verbandmitglieder in Frage kämen. Etwa ohne Erlaubnis an der Sitzung Teilnehmende müßten sich entfernen. Mit diesen Änderungen wird die Geschäftsordnung genehmigt.

Das Wort erhält Deichmann zum Vorstandsbereich:

Wenn wir die Interessen der Kollegenchaft wirksam vertreten wollen, müssen die Berufscollegen möglichst alle organisiert sein, finanzielle Mittel zum Kampf müssen vorhanden sein und die Solidarität unter den Kollegenchaft müßte fest und gebaut sein. Die Solidarität unter den deutschen Tabakarbeitern kann nicht als schlecht bezeichnet werden, und würde es sich nur um die Solidarität handeln, dann hätten die Tabakarbeiter glänzende Siege errungen. Wegen der niedrigen Beiträge stand es mit den Mitteln nicht so gut. Wir müssen auf die Eindringung großer Mittel in Zukunft größeren Wert legen. Nach den vielen notwendigen Ausgaben blieb am Schluß des zweiten Quartals 1914 ein Bestand von 30 000 Mk., das ist pro Mitglied 1 Mk. Das gilt es bei aller Kritik beim Vorstandsvorstand zu berücksichtigen. Inzwischen ist unser Bestand auf 1 200 000 Mk. gestiegen. Doch was ist das angesichts der Entwertung des Geldes. Mit dem Organisationsbestand war es ebenfalls nicht günstig. Bei Ausbruch des Krieges hatten wir einen starken Rückgang, doch gegenwärtig steht es wieder besser. Die Zahl unserer Mitglieder ist auf über 60 000 gestiegen, davon mehr als 44 000 weibliche. Diese Zahlen sind im Verhältnis zu denen der in der Tabakindustrie Beschäftigten (90 000—100 000) zufriedenstellend zu nennen. Mehrer rechtferdigt die Aufhebung der Verbandunterstützung zu Beginn des Krieges. Neben der Gewerkschaftsarbeit müßten wir uns politisch betätigen, besonders in Gemeinden, erst dadurch würde das Geld beschoben werden können. Die Tabaksteuer sei nicht mehr zu umgehen gewesen und es kam nur darauf an, sie in einer sozial gerechten Form einzuführen, was bei der Vandalensteuer der Fall sei. Dadurch ist dem geradezu grenzenlosen Wucher Einhalt getan worden. (Widerpruch bei einigen Delegierten.) Aus diesem Grunde sind wir für die schnelle Einführung der Vandalensteuer. Dem allgemeinen Wucher ist nur zu begegnen, wenn Lebensmittel genugsam auf den Markt kommen und der Preis dazu in die Arbeit. (Ruf: Aber für alle!) Dagegen haben wir den Schutz der Interessen der deutschen Tabakarbeiter geschaffen. Wenn Sie schon mit der Kritik herantreten, verdient der Vorstand gewiß auch einige Worte der Anerkennung.

Niederweller, Hamburg ergänzt den gedruckt vorliegenden Fassenbericht. — Nachdem Schönberg-Hamburg für den Ausschluß berichtet hat, tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung

Als erster Redner erhält Jensen, Kopenhagen, das Wort; er erklärt, daß die Deutschen Kollegen gekommen seien, um zu zeigen, daß nicht der geringste Haß gegen die deutschen Brüder trotz des Krieges bestehe. Jensen schließt dann, wie auch die anderen Kollegen unter den Erörterungen der Kriegsverhältnisse hätten leiden müssen. Buchholz, Leipzig: Wir haben das Gefühl, daß unsere Bewegung nicht als eine Lohnpolitik treibt. Wenn diese nun aber scheitert, dann scheitert damit die ganze Bewegung überhaupt. Unserer Organisation fehlt vor allen Dingen der Kampfscharakter und es genügt nicht, nur die Mittel zum Kampf zu beschaffen, es muß auch der Kampf für die Zukunft festgelegt werden. Daß man dem wirtschaftlichen Wucher Frieden zuträufelt, ist einseitig ein Mißgriff. Redner hält Deichmann vor, daß er Mitglied der internationalen Tabakarbeitergewerkschaft ist und trotzdem für die Kriegstreiber gestimmt hat. Viel, Sieben, demängelt, daß der von der Wändener Zentralverwaltung, Reichsunterstützungsfonds für die Tabakarbeiter (44 Millionen Mark) nicht angegriffen wird. Er fordert, daß man mit den Christlichen und Christ-Dunkern nicht mehr zusammenarbeite, sondern sie stark bekämpfe und wendet sich zum Schluß gegen die Tabaksteuer. Man könne bei den Beständen noch ausgiebiger Steuerquellen ausfindig machen. Kahlmann kritisiert, daß man die Opposition durch Ablehnung des Korreferenten zum Geschäftsbericht das Recht großzügiger Kritik gestraubt habe. Durch die elenden Verhältnisse wurden die Waffen optional; der nächste Angriff werde ein anderer sein wie der jetzige gegen Deichmann müsse man seine Zustimmung zur Vandalensteuer in der Nationalversammlung um Sonntags machen. Baumhardt verurteilt die bei Kriegsausbruch vom Vorstand getroffenen Maßnahmen betreffs Aufhebung der Mitgliederunterstützung. Schlichter, Kaufbeuren, erklärt, ihm sei bekannt, daß Reichmann seit der Zeit seines Senatorenamtes in Bremen vom Verband kein Gehalt bezog und seine Tätigkeit für diesen ehrenamtlich ausübte. Für die Vandalensteuer seien die M. S. im Interesse der Tabakindustrie eingetreten. Gehe es der Tabakindustrie gut, so geht es auch den Tabakarbeitern gut. Die U. S. P. habe die Vertagung der Steuer den Schuhmacher Simon vorgebracht. Blumhauer, Osnabrück: Die geschiederten traurigen Verhältnisse der Tabakarbeiter müßten mit allen Mitteln beseitigt werden. Deichmann habe vor Jahren noch die Vandalensteuer für ein Verbrechen erklärt — heute trete er warm dafür ein. Buchholz, Leipzig: Der Krieg hat die Arbeiterschaft vor den Augen des Imperialismus gefolpert, was die Politik der Gewerkschaften (Ludendorff-Spende, Hilfskassen) nicht wenig beigetragen hat. Unser Organ ist heute schon so weit heruntergekommen, daß es für die Tabaksteuer 4000, für die Arbeiterschaft 2500 und für das Rätegesetz — ganze 150 Bollen bereitstellt. Der Tabakarbeiter sollte hauptsächlich für das Rätegesetz und für die Frauenerleichterung wirken. Die Frauen will man nicht nach den Leistungen entschenden, sondern will sie billig gewinnen. In der Verhandlung ist die Revolution unüberwindlich geblieben; hat die Tabakindustrie zu sozialisieren, bewilligt man die Vandalensteuer. Es ist nicht Aufgabe des Verbandes, die Brücke zwischen Kapital und Arbeit zu schlagen. — Am 10. Berlin: Nach Deichmanns Ausführungen war die Politik des Verbandes gut, und soll auch weitergeführt werden; damit beweist der Vorstand, daß er die Fühlung mit den Massen verloren hat, was allein aus dem Eintritten für den Befehlsgewaltshandels erhellt. — Koberle in Würzburg: Deichmann und Schlichter hätten für ihre Tätigkeit bei der Vandalensteuer besser im Lande Aufklärung vornehmen sollen. 1918 hätten höhere prozentuale Beiträge verlangt werden müssen, da die Arbeiter vielorts bei ständiger Arbeitslosigkeit nicht in der Lage sind, ihre

Arbeitskraft zu erhalten. Der meiste Teil der Arbeiter ist heute in jeden Fabrikanlagen fortgerufen, um mit den noch deutschen Kollegen gleichzusetzen. — Böhl, Bonn-Münden: Der Vorstand muß mehr Fühlung mit der Kollegenchaft nehmen, weil ihm andererseits die Verhältnisse über den Kopf wachsen. Vor allem muß und im Verband die Einigkeit und Geschlossenheit am Herzen liegen. — Hermann, Griesberg: Ich kann nicht und will nicht glauben, daß Kollegen zu Vandalen geworden sind. Ich habe die Auffassung, daß der Weg zur Einigung gefunden wird. — Schlichter verteidigt seine Stellungnahme zur Vandalensteuer. — Deichmann verbreitet sich vor allen Dingen über die bereits zu Ende geführten und die abgeleiteten Lohnbewegungen. Vom März dieses Jahres bis heute sind schon acht Bewegungen eingeleitet und haben davon durchgeführt. Dätten wir durch Verhandlungen nicht unter Ziel erreicht und wären wir auf der anderen Seite auf Widerstand geraten, so wären unsere Mittel dann gebrochen? Wenn es eine Gewerkschaft gegeben hat, die ohne Hilfskassen den Vandalen geantwortet habe, so war es gerade diejenige der Tabakarbeiter. Hilfskassen und Vandalen haben uns in unserem Kampfe durchaus nicht gehindert. Bei der Sozialisierungsfrage müße darauf Bedacht genommen werden, ob die Betriebe sich zur Verstaatlichung eignen. Bei Kleinbetrieben müße man damit rechnen, daß die Arbeiter drohen werden, und das müße nicht geschehen. Selbst eine andere Regierung könne hier, wie auch z. B. bei der Monopolisierung der Zigarettenindustrie, nicht über gewisse Grenzen hinaus.

2. Verhandlungstag.

Bremen, den 28. Oktober 1919.

Schlichter, Golland, übermittelte die herzlichsten Grüße seiner holländischen Kollegen und spricht über den maßlosen Einfluß des Krieges auf die holländische Tabakindustrie. Von 22 000 Mitgliedern seien 17 000 arbeitslos geworden. Der Krieg habe uns das Zusammenhalten des Kapitalismus der ganzen Welt gezeigt, um das Proletariat niedergedrückt. Demgegenüber müße auch das gesamte Proletariat der ganzen Welt zusammenstehen, um den Kapitalismus zu befechtigen. — Rosenhals, Berlin: Die Opposition wolle nicht nur kritisieren, sondern ändern und helfen. Den Schnoddenang der Bürokratie zu befechtigen. Der „Tabakarbeiter“ sei heute das schlechteste Gewerkschaftsorgan, während es früher das beste war. — Kahlmühl, Kassel, gibt die Erklärung ab, daß sämtliche Jubelreden der Vandalenveräußerung mit der Politik des Vorstandes weder zufrieden geben können noch werden. — Niendorf, Redakteur des „Tabakarbeiter“, verwarf sich gegen die gegen den „Tabakarbeiter“ erhobenen Vorwürfe. Das Organ wäre früher nicht auf der Höhe gewesen, es habe nicht tief genug geschöpft. — Alter, Bismarckwerda, will den Vorstand nicht beurteilen, ist aber mit der allgemeinen Bauheit bei seinen Handlungen nicht zufrieden. — Buchholz, Leipzig, polemisiert nochmals gegen die Haltung des Vorstandes und verurteilt es scharf, daß dieser dem „Reichsblatt“ für „Vaterland“ beigetreten ist und dafür pro Mitglied 20 Pf. Beitrag bezahlt hat. — Buchs, Hamburg führt die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter auf die organisatorischen Mängel des Verbandes zurück, die noch weit mehr ausgebaut werden müßten, um den Kampf auf der ganzen Linie auszuheben zu können. — Franz, Dresden, wendet sich gegen Buchs und verurteilt die beschwerdennartige Haltung der Leipziger Kollegen. Er hält die Tätigkeit des Vorstandes für richtig und meint, alle gegen diese gerichteten Vorwürfe fallen auf die Kollegenchaft zurück. Das Hilfskassengesetz habe er begrüßt, da es für die Kollegen viel Gutes brachte. — Klemmer, Enger: Waren die Verhältnisse so, wie sie von der Opposition geschildert sind, würde ich deren erster Mann sein. Aber wie die Dinge lagen, konnte der Vorstand gar nicht anders handeln. — Kohn, Vorstandsmittglied: Die Lohnpolitik des Vorstandes ist durchaus einwandfrei gewesen, und hätte dieser Verbandstag vor einem Jahr gelangt, so wäre keine Opposition für eine Lohnbewegung vorhanden gewesen. Den Mut dazu haben die Kollegen erst nach der Revolution aufgebracht, als keine Gefahr mehr vorhanden war. (Zustimmung und Widerspruch.) Redner stellt fest, daß der Vorstand bei Kriegsausbruch 60 Prozent aller Einnahmen für Unterstützung verwendet hat. — Wegner, Oppenheim fragt an, ob es wahr ist, daß Deichmann auf das Drängen der Christlichen, die allgemeine wirtschaftliche Befreiung für die Tabakarbeiter zu fordern, erklärt habe, daß er dieses mit Rücksicht auf den Staat nicht tun könne. — Frau Stolz, Dresden: Die Zahl der männlichen Delegierten liegt leider im schroffen Gegensatz zu der Zahl der im Verbande organisierten Tabakarbeiterinnen. Das Frauenamt schied man mit Unrecht die Schuld daran zu, daß dem Verband der Kampfscharakter fehlt. Auf den Schultern der Frauen hat während des Krieges die größte wirtschaftliche Last geteilt. Mehrerin und noch einige nachfolgende Redner verteidigen die Haltung des Vorstandes. — Seifert, München verlangt im Auftrage der Sachliste München, daß die Frage des Rätegesetzes gründlich behandelt wird. Leider gehe dem Vorstand für dieses Problem jedes Verhältnis ob. Auch im „Tabakarbeiter“ müße diese Frage ausgiebiger behandelt werden. Über die Besetzung des Unterprekursors hat der Vorstand bebaurenderweise kein Wort verloren. — Es tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung

Nach dem Bericht der Mandatsprüfungscommission erhält Deichmann das Schlußwort: Man solle der Verbundteilung die Anerkennung nicht verweigern, alles im Interesse der Organisation getan zu haben, was zu tun gewesen ist. Von einer Wirtschaftspolitik der Staatsregierung ist nichts bekannt, wohl aber ist aus den hohen Unverhältnissen eine gewisse Abgabe an die Arbeitslosenfrage gefordert worden. Redner ist durch das Wirken der Regierungsdirektoren, und weil keine rechtliche Handhabung dafür vorhanden war, dieser Gedanke ins Wasser gefallen. Betrachten wir unsere Lohnbewegungen und die wirtschaftlichen Verhältnisse, so müssen wir festhalten, daß wir nicht viel erreicht haben. (Sehr richtig!) Die Unterstützungssätze müße Deichmann nicht zu erhöhen, um erfolgreiche Lohnbewegungen durchzuführen zu können.

Dem Redner wird Entschädigung erteilt. — Von den von Redneren eingebrachten Vorschlägen werden angenommen: 1. Für das Besondere Gehalt ist ein Beihilfenleiter anzustellen. 2. Antrag Sachliste Schönlanke: Der Verbandstag müße beschließen, den Vorstand zu beantragen, bei der Regierung hostilig zu werden und bestmöglich zu wirken, daß die Deutsche Zentrale für Kriegslieferung von Tabakfabriken (Dr. Hannover) so klein wie möglich ausgebaut wird und der vorhandene Vorratbestand derselben nur für die Tabakarbeiter verwendet werden darf. (Erklärung von Schönlanke um.) 3. Aus der Resolution der Sachliste Schönlanke: Die vom Vorstand eingeleiteten und abgeleiteten Lohnbewegungen dieses Jahres sind nicht annähernd zur Befriedigung der Mitglieder ausgefallen, trotzdem für uns Tabakarbeiter die günstigste und beste Gelegenheit war, um unsere Wunde nur annähernd mit denen anderer Berufs in Einklang zu bringen. — Über den folgenden Antrag der Sachliste Sieben: Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes haben die Pflicht, soweit diese einem Parlament angehören, gegen jede Tabaksteuer zu stimmen, wird nach zweifacher Eingangslegung der Abstimmung namentlich abgestimmt. Dafür stimmen 20, dagegen 74 Delegierte.

Darauf wird der 4. Punkt der Tagesordnung: „Beratung und Verfassung über die zum Status und Wahlrecht gezielten Anträge, verhandelt. Kohn, Bremen eröffnet hierbei die Vermögensverhältnisse des Verbandes und betont, daß die sozialistische Bewegung lebendiger werden müssen. Er bekräftigt in längeren Ausführungen die Notwendigkeit einer Bestätigung.

Zum Metallarbeiterstreik.

Obleute der bestreikten Betriebe!

Heute vormittag, 9 Uhr: Sitzung im großen Saal der Sophienstraße.

Die Verhandlungskommission der Elektromonteurs tritt heute im Lokal von Ostmann, Gartenstraße 8, zusammen. Die übrigen Branchen des Metallarbeiterverbandes, die bei den allgemeinen Demonstrationen, die am Freitag vor dem Reichsarbeitsamt zur Verhandlung kommen, beteiligt sind, werden ersucht, einen Vertreter in obige Zusammenkunft zu entsenden. Die Verhandlung der Elektromonteurs.

Die Stempelstelle 32 ist mit dem heutigen Tage aufgelöst. Alle Stempel mit dem heutigen Datum sind ungültig.

H. G. W. Apparatefabrik. Freitag, 31. Oktober, nachmittags 8 Uhr, Vertrauensmännerkonferenz bei Krieger, Duffenstraße 49.

Ansprechende und angegliederte Betriebe! Auszahlung der Streik- und Extrazustellung Donnerstag, 30. Oktober, von 11 bis 2 Uhr in folgenden Lokalen: Gruppe 1: Kaiser, Hauptstraße 90; Gruppe 2 und 3: Bellevue; Gruppe 4: Kollat, Hauptstraße 85; Gruppe 5: Hofmeister, Alt-Borsig 49, Er. Büchsenstraße; Transportharbeiter: Kollat, Würtelstr. 28. Die Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches.

Firma H. Werner, Köpenickerstraße. Die Betriebsversammlung der streikenden Kollegen findet am Freitag, 31. Oktober, 19 Uhr, im „Nationalhof“, Wilmstr. 87, statt. Anschließend Auszahlung der Streikunterstützung.

Bergmann, Berlin. Die Auszahlung der Streikunterstützung findet am Donnerstag wie folgt statt: von 1-800 von 9-10 Uhr, von 801-1000 von 10-11 Uhr, von 1001-1500 von 11-12 Uhr, von 1501-2000 von 1-2 Uhr, von 2001-2500 von 2-3 Uhr, von 2501-3000 von 3-4 Uhr, von 3001-4000 von 4-5 Uhr, von 4001-5000 von 5-6 Uhr, von 5001 bis Ende von 6-7 Uhr.

Hartung H.-O. Lichtberg. Öffentliche Funktionäre am Donnerstag, 10 Uhr, Sitzung. Von 11-12 Uhr Schrift der Ausschüsse. Am Freitag von 10-12 Uhr Auszahlung, anschließend Betriebsversammlung. Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich.

Samen-Werk! Streikfakten, welche 18-24 Stempel haben, müssen am Freitag bis 12 Uhr mittags bei der Streikleitung abgegeben werden, mit Ausnahme derjenigen, auf welche die 5 und 10 Mark Extrazustellung schon gezahlt sind.

Hüttenwert H. Meyer, Tempelhof. Betriebsversammlung Donnerstag, 9 Uhr, bei Schlegel, Tempelhof, Berliner Straße 77. Auszahlung des Streikgeldes.

Schling u. Thomas, Freitag, Versammlungen bei Meyer, Kiderstraße 123, Abteilung Formier und Schloffer: Vormittags 10 Uhr; Abteilung Kernmacher und Kernmacherinnen: Vormittags 11 1/2 Uhr; Abteilung Fuhrer: nachmittags 1 1/2 Uhr. Sonnabend: Abteilung Hilfsarbeiter: 10 Uhr; Abteilung Maschinenformier: 12 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Gesamt-Vertrauensmänner-Versammlung der Berliner Holzarbeiter.

Die Frage „Lokale Vereinbarung oder Reichstaxi“ wurde in der Gesamt-Vertrauensmänner-Versammlung der Holzarbeiter, die Dienstagabend stattfand, erneut eingehend erörtert. Das Reichstaxi hatte Genosse Siegle, während des Vortrags als Vertreter des Hauptverbandes Tarnow übernommen. Siegle führte aus, daß die Vereinbarung vom 1. Oktober ihm persönlich nicht weit genug ginge. Grundlegend habe sich aber kein Mitglied der Ortsverwaltung gegen die Vereinbarung gewandt und die Vertrauensleute sowie die Betriebsversammlungen hätten schließlich für die Vereinbarungen gestimmt. „Vorwärts“ voran und kann die Hauptverwaltung hätten die lokalen Vereinbarungen der Berliner Holzarbeiter dazu benutzt, um die oppositionelle Berliner Ortsverwaltung der Unfähigkeit zu zeihen. Nach den Angriffen des „Vorwärts“ seien die beteiligten Kollegen plötzlich umgefallen. In den Vereinbarungen sei daran festgehalten worden, daß bestehende höhere Löhne ausreichend garantiert bleiben. Wegen der im Reichstaxi festgelegten Bestimmungen über Arbeitsausfälle, hätte die Berliner Ortsverwaltung es absehen müssen, in einem Kampf einzutreten, da nach diesen Bestimmungen den Kollegen überhaupt die Möglichkeit genommen sei, den einmal gewährten Zuschuß vor einem Jahre abzurufen oder Neuwahlen vorzunehmen. Hätten die Berliner Kollegen den Reichstaxi ohne jeden Kampf bekommen, dann hätten aber auch die Überstunden mit übernommen werden müssen. Auf keinen Fall würden sich die Berliner Holzarbeiter durch einen Reichstaxi bis zum Jahre 1921 an Hörsen und Füßen binden lassen. Jetzt da die Arbeitgeber den Reichstaxi abgelehnt haben, verlangen „Vorwärts“ und Hauptverband in den Kampf für den Reichstaxi einzutreten. Wären die Holzarbeiter in den Kampf eingetreten, dann wäre sicherlich der „Vorwärts“, das neue Schwärzmoderorgan, den Holzarbeitern in den Rücken gefallen, wie er es im Metallarbeiterstreik getan habe. In einem großen Schreiben des Hauptverbandes wurde von der Ortsverwaltung verlangt, daß für die Durchführung des Reichstaxi eingetreten sei. Die Ortsverwaltung habe Stellung zu dem Schreiben genommen und hätte sich einschließlich der Reichstaxi für die lokale Vereinbarung ausgesprochen und stimmig den Reichstaxi verworfen. Die Vertrauensleute des Reichstaxi hätten dem Hauptverbandes weise energisch zurückgewiesen.

Zu bemerken ist noch, daß der „Vorwärts“ eine Nichtteilnahme seiner irreführenden Artikel in dristischer Weise abgelehnt hat. Tarnow vom Hauptverband empfahl mit allen Regierungen seiner Weidenschaft den Reichstaxi. Die Berliner Vertrauensleute seien ein psychologisches Mittel und aus allen Teilen des Reiches seien Briefe eingelaufen, in denen die Haltung der Berliner vertraulich werde. Es sei aus den Verhandlungen nicht herausgeholt worden, was herausgeholt hätte werden können. Er fordert, daß die Berliner Holzarbeiter sich den Beschläffen des Gesamtverbandes fügen sollten.

Die anschließende Diskussion zeigte, daß es Tarnow nicht im entferntesten gelungen war, die Berliner Kollegen von ihrem Standpunkte abzubringen. Sie sind grundsätzlich Gegner eines Reichstaxi und werden es auch bleiben, nach wie vor sind sie Anhänger kurzfristiger Vereinbarungen trotz „Vorwärts“ und Hauptverband. Während Tarnow damit drohte, daß die in den nächsten Tagen stattfindende Städte-Konferenz des Holzarbeiterverbandes sich gegen die Sonderzüge der Berliner erklären würde, betonte Siegle in seinem Schlußwort, daß die Städte-Konferenz überhaupt keine für die Berliner Ortsgruppe hinderliche Beschläffe fassen könne. Nachfolgende Resolution wurde gegen etwa 20 Stimmen angenommen:

Die heute in Altona stattfindende Gesamt-Vertrauensmänner-Versammlung stellt nach wie vor dem Reichstaxi einen Widerstand gründlich ablehnend gegenüber und erklärt sich deshalb mit der Forderung der Ortsverwaltung bei den letzten örtlichen Verhandlungen einverstanden. Die Vereinbarung vom 1. Oktober besteht somit zu Recht.

Damit fällt auch die Behauptung in dem „Vorwärts“-Artikel vom 17. 10. (Abendausgabe), die Berliner Holzarbeiter wollten den Reichstaxi, nur die „unabhängige“ Ortsverwaltung nicht.

Aus dieser Haltung der Ortsverwaltung der Holzwerke Berlin den Verzicht herzuleiten, sie sei den kämpfenden Holzarbeitern im Reich im Kampf um den Reichstaxi in den Rücken gefallen, hat der Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes kein Recht. Die Versammlung weist deshalb den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück.

Am Schluß der Versammlung wurde einstimmig beschlossen, daß die Vereinbarungen mit den Berliner Arbeitgebern zum 15. November gekündigt werden. Der Vorstand wurde beauftragt, Vorbereitungen für einen neuen Vertrag zu treffen und das Ergebnis den Mitgliedern vor den Verhandlungen zur Stellungnahme vorzulegen.

Der Streik der Herrenhahnschneider beendet.

Die Verhandlungen über die Entzweiung der einzelnen Firmen sind im Laufe des Dienstags und Mittwochs zu Ende geführt worden. Ueber einige fristige Firmen soll ein Schiedsgericht entscheiden. Aus diesem Grunde schlug die Streikleitung in einer gestern stattgefundenen Versammlung vor, am Donnerstag früh die Arbeit aufzunehmen. Nach kurzer Debatte wurde diesem Vorschlag gegen wenige Stimmen zugestimmt. Weiter wurde einstimmig beschlossen, im Hinblick auf weitere Kämpfe auf die Streikunterstützung zu verzichten.

Gespannte Lage im Textil-Großhandel.

Die Lohnbewegung der Angestellten des Textilgroßhandels scheint nach dem bisherigen außerordentlich hartnäckigen Verhalten der Arbeitgeber keine friedliche Lösung finden zu sollen.

Nachdem das lächerliche Angebot der Unternehmer vom 8. Oktober durch die Angestellten zurückgewiesen worden war, führte vor acht Tagen der Schlichtungsausschuß den folgenden Schiedsspruch: Die Mindestmonatslöhne betragen: für Lehrlinge 60, 80 und 100 M., für kaufmännische Angestellte im 1. bis 6. Tätigkeitsjahre 90, 120, 175, 200, 250, 300 M., nach dem 6. Jahr für: Kontoristen, Telephonisten, Fakturisten, zweite Bageristen usw. 325 M.; Expedienten, Verkäufer, Stenographinnen, zweite Buchhalter und Kassierer 350 M.; Direktoren, Korrespondenten, erste Expedienten und Buchhalter 450 M.; Reisende, Bageristen, Einläufer, Bureauisten 500 M.; Personalchef, Disponenten und erste Kassierer 575 M. Ferner soll eine monatliche Zulage von 25 M. bis zu fünf Jahren gewährt werden. Weibliche Kräfte erhalten 50 Prozent. Für alle übrigen Gehälter bis zu 7000 M. soll eine einmalige Wirtschaftshilfe geleistet werden von 200 M. bis zum 21. Lebensjahr, 400 M. bis zum 25. und 500 M. nach dem 25. Jahr.

In einer von mehreren tausend Personen besuchten Angestelltenversammlung wies am Dienstagabend Gen. Weinberg vom Zentralverband der Angestellten der Entzweiung des Schiedsspruches auf das Verhalten der Unternehmer hin, die die obige Klassifizierung unter keinem Preis anerkennen wollen. Die Angestellten werden ihrerseits unter keinen Umständen von diesem Schiedsspruch abgehen. Eine am Mittwoch in den Betrieben stattfindende Abstimmung wird über Annahme oder Ablehnung des Spruches entscheiden. Den Arbeitgebern, die am Donnerstag erneut zusammenzutreten, wurde eine Frist bis Freitag zur endgültigen Entscheidung gesetzt. In der Versammlung herrschte vollkommene Einmütigkeit und große Erbitterung gegen die Unternehmer. Auch die Vertreter der Gewerkschaftsbünde bekundeten ihre Solidarität. Einstimmig hefteten sich in einer Resolution die Versammelten hinter ihre Tarifkommission und sprachen den Organisationen das volle Vertrauen aus. Die Angestellten lehnen jede Verantwortung dafür ab, wenn sie durch weiteres ablenkendes Verhalten der Arbeitgeber zu schärferen Maßnahmen gezwungen werden sollen. Von Interesse waren auch die Ausführungen eines Angestellten der Firma Königsberger, der interessante Mitteilungen über die Verhältnisse in dieser Firma machte. So erzählt dort ein 21 Jahre lang tätiger Geschäftsführer 850 M. Monatsgehalt, eine 19jährige Buchhalterin 40 M. Wochenlohn. Die Verkaufspreise wurden jedoch um 15 Prozent wegen angeblicher Lohnerhöhung hinaufgesetzt. Dieser Arbeitgeber ist auch aus dem Arbeitgeberverband ausgestiegen, weil er auch ohne Verband sein Personal „anständig bezahlen“ kann. Als Fronte des Schiedsspruches muß es aber begehrt werden, daß hierauf ausgehoben ein Vertreter des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes es für die Angestellten beschämend fand, daß sie von einem Vertreter der Arbeiterschaft erst nachgehört werden müßten. Von Interesse war auch der Nachdruck, den die Reichstaxi-Komitee auf die Politik in der Gewerkschaft legte, womit sie sich in Widerspruch zu den Auffassungen des Reichstaxi-Komitees, aber auch der führenden Persönlichkeiten ihrer eigenen Partei setzte.

Die Protestkundgebungen der Magistratsbittsträße.

Der in der gestrigen Morgenausgabe veröffentlichte Bericht über eine Versammlung der Magistratsbittsträße enthält einen Irrtum. Diese Versammlung war nicht vom Zentralverband der Angestellten, sondern vom Freien Angestelltenverband einberufen worden. Ueber die zu gleicher Zeit abgehaltenen Versammlungen des Zentralverbandes der Angestellten geht unser folgender Bericht zu:

Au den Aufzügen und Beschläffen des Magistrats und der Stadtverordneten über den verflochtenen Streik der Magistratsbittsträße und über die Wiedereinstellung der Streikenden wurde in drei Versammlungen des Zentralverbandes der Angestellten Stellung genommen. Im Lehrerbereinshaus referierte Bauer, 2. Geschäftsführer des Zentralverbandes. Ausführlich schilderte er die Umstände des Streiks und wies nach, daß die Schuld an dem Streik nur dem Magistrat treffen kann. Trotzdem Bauer Reichstaxi ist, betonte er auf das Schärffste bei der Erwähnung der in der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschläffe, in der bekanntlich unser Antrag, daß keine Maßnahmen stattzufinden und die Wiedereinstellungen sofort zu erfolgen haben, von den Bürgerlichen Arm in Arm mit den Reichstaxi-Abgeordneten abgelehnt wurde, die infolgedessen und abweisende Haltung seiner Parteifreunde. Er wolle aus seinem Herzen keine Wunden gründen und würde die Stellungnahme seiner Parteigenossen entsprechend brandmarken. Am Schluß seiner Ausführungen verlangte Bauer, daß die Angestelltenausschüsse nicht schmächtig werden sollen, sondern mit allem Nachdruck für die vollständige Wiedereinstellung der nach auf der Straße liegenden Kollegen einzutreten sollten, auch für Kollegen, die anderen Organisationen angehören. Die Diskussion war sehr reg. Den rechtssozialistischen Stadträtern wurde wiederholt unter dem Vorwand der Versammlung des Reichstaxi-Komitees, sich als Arbeitervertreter zu betragen, nachdrücklich Resolution wurde in den drei Versammlungen angenommen:

Die heute im Lehrerbereinshaus versammelten Bureauistenschlichter des Magistrats Berlin protestieren auf das Entschiedenste gegen die zum Teil unvollständigen und unrichtigen Aufzügen des Magistratsreferenten Dr. Sedt und der bürgerlichen Stadträte, die den Reichstaxi und Lammert in der letzten Stadtverordnetenversammlung. Die Versammelten sind nach heute der Ansicht, daß der Streik einzig und allein durch das Verhalten der angestrichelten Magistratsreferenten, das dem Reichstaxi-Komitee unterzeichnet wurde, herbeigeführt worden ist, und daß der zur Schlichtung des Streiks angenommene Schlichtungsausschuß nicht zuständig war. Sie verlangen, daß die infolge des Streiks Beschädigten sofort wieder eingestellt und denselben der Tage vom Magistrat bezahlt werden, die sie ohne ihr Verschulden vom Dienst fern bleiben mußten, andererseits verlangen

sie die sofortige Entzweiung derjenigen Angestellten, die infolge des Streiks eingestellt wurden und auf einen Erwerb nicht angewiesen sind. Die Angestelltenausschüsse haben sofort in diesem Sinne zu wirken.

Die Versammlung protestiert auch gegen das Vorgehen gegen die Mitglieder der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft der Handelshochschule, die lediglich sich dagegen verwahrt haben, Streikpöbeldienste zu leisten.

Mit ganzer Kraft versprechen die Versammelten auch weiterhin für die Organisation der Angestellten einzutreten.

Baukämpfer!

Die Stundenlöhne betragen ab 6. Oktober d. J. 3,10 M. für Jungausgehende im ersten Jahr 2,15 M. für Jungausgehende im zweiten Jahr 2,50 M. Vom 27. Oktober erhöht sich der Stundenlohn von 3,10 auf 3,25 M. Alle anderen Bestimmungen des Tarifvertrages bleiben bestehen. Wir ersuchen alle Baukämpfer, die Nachzahlung zu verlangen. Wo dieses verweigert wird, muß und umgehend Nachzahlung gegeben werden. Baukämpfer Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Von Angestellten der Firma Dr. Max Leub wird uns mitgeteilt, daß es zu einer Einigung zwischen dieser Firma und ihren Angestellten gekommen ist. Die Firma hat den Wünschen der Angestellten Rechnung getragen und der Einsetzung in die durch den Tarif vorgeschriebenen Gehaltsgruppen zugestimmt. Es wird Wert auf die Bestätigung gelegt, daß diese Verhandlung vor dem Erscheinen unserer Kritik in der gestrigen Abendausgabe zustande kam.

Groß-Berlin.

Die Technische Rothilfe im Kino.

Wie wir erfahren wird demnächst in allen Kinos ein Film erscheinen, der dem anscheinend recht starken Mangelbedarf an der „Technischen Rothilfe“ abdecken soll. Der Titel des Filmes lautet „Die Geheimnisse“. Den nicht weniger als märchenhaften und noch weniger lebenswürdig zu nennenden Gestalten des sozial organisierten Streikbundes gefügt es also, sich mit dem Namen dieser lebenswichtigen Erscheinungen einer traulichen Märchenwelt zu befehlen.

Der Inhalt des Streikbroschürenfilms ist etwa folgender: Der Generalstreik wird ausgerufen. Ein dem Ruhm der „Technischen Rothilfe“ gewidmter Zufall will es, daß eines Arbeiters Kind krank wird. Er eilt zum Arzt. Diagnose: Diphtherie. Nur schnelle Hilfe — Operation — kann retten. Pflöck, während der Operation erlischt das Licht. Allgemeiner Nervenleiden. Wenn versucht es mit Wachslichtern — vergeblich — vergeblich! Da auf einmal flammt das elektrische Licht wieder auf. Was ist das? Die „Technische Rothilfe“, das Kind ist gerettet. Rühmiger und dämmer kann die Handlung, plumper die Aktion nicht sein. Sie ist des ganzen Unternehmens würdig.

Kommunale Arbeiterräte der U. S. V. D.

Am Freitag, den 31. Oktober 1919, nachmittags 4 Uhr, findet in den Räumen des Zollzugsrats, Münzstraße 24, die Fraktionsversammlung der kommunalen Arbeiterräte der U. S. V. D. statt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges Erscheinen sämtlicher Arbeiterräte. Der Fraktionsvorstand, J. A.: Rudolf Bahls.

Kriegsbeschädigten Demonstration vor dem Rathaus in Charlottenburg.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung in Charlottenburg erließ durch das Erscheinen eines Demonstrationszuges der Kriegsbeschädigten eine Unterbrechung. Die Kriegsbeschädigten verlangten die Vorlesung einer Deputation, die ihre Forderungen und Beschwerden zum Ausdruck bringen sollte. Ueber diesen Antrag der von der Unabhängigen Fraktion unterstützt wurde, entspann sich eine außerordentlich wege Beschäftigungsabende, da die Bürgerlichen und die Reichstaxi-Abgeordneten die Ablehnung dieses Antrages forderten. Selbmann tat sich dabei mit einer besonders schmerzlichen Denunziation der Kriegsbeschädigten hervor. Er erstrebte mit seinen Ausführungen den Vorwurf der Rechte, deren Redner sich ihm vollständig anschließen. Als später mit Gewehren ausgerüstete Schutzleute den Vorraum des Stadtverordnetensaal besetzten, protestierte die Unabhängige Fraktion dagegen, verlangte deren Entfernung und vertief, als dieser Antrag abgelehnt wurde, den Sitzungsstall.

Dem gütlichen Aureden der Unabhängigen auf die Kriegsbeschädigten gelang es dann, sie zum Verlassen des Rathauses zu bewegen. Sie zogen in das Rathaus zurück und berieten dort in ihrer Versammlung über die weiteren Schritte, die sie jetzt unternehmen wollen.

Noch einmal die edle Gräfin.

Zu der Kritik „Die edle Gräfin“ in unserer Morgenausgabe vom 28. Oktober wird uns von einem Beteiligten folgendes mitgeteilt:

Ich bin Metallarbeiter und befinde mich augenblicklich im Streik. Ich fahre in der vergangenen Woche mit einigen Hausbewohnern nach Blankensee, um auf den abgeernteten Feldern dieser Gräfin Kartoffeln zu buddeln. Zu Beginn dieser Nacht habe ich jeder einen Bewachtigungsschein zum Preise von 8.— M. bei der Gräfin kaufen. Es kommt sehr oft vor, daß Frauen nicht soviel Geld bei sich haben, diese Frauen müssen die Kartoffeln, die sie sich gesammelt haben, wieder auszuwählen; oftmals wird den Besten die Hand oder davor abgenommen, die sie sich an dem anderen Tage wieder abholen können. Diese Frau auf die am anderen Tage geht in der Weise vor sich: Der Meister, der mit einem Jagdgewehr versehen ist, geht über das Feld und treibt alle, die nicht im Laufe dieses Tages abgeholt sind, auf die Gräfin, wo die Gräfin mit ihrem Diener, der eine Reitpöbel besitzt, wartet. Der Diener packt die Frauen am Arme und zerrt sie in der niederträchtigen Weise herum. In der vergangenen Woche war auch ein einarmiger Kriegsbeschädigter, der sich infolge seiner Verwundung eine ganz geringe Menge Kartoffeln gesammelt hatte, so daß sich kaum das Bäuerlein lohnte, ohne diesen Schein ungetroffen worden. Als er die Gräfin bei, daß Erwärmen zu haben, und er bemerkte, daß er doch ihr Leben mit geküßt hätte, antwortete sie: „Neben Sie nicht so schnodderig; zahlen Sie, Ihr Zug fährt gleich!“

Das muß ja ein malteses Küstereispiel christlicher Menschlichkeit sein.

Eine schwerwiegende Gerichtsverurteilung, die den Kampf der Kriminalpolizei gegen das Verbrechen nicht gerade erleichtert, wird durch einen Fall in Neudamm wieder einmal beleuchtet. Die dortige Kriminalpolizei nahm einen mangelförmigen Aufhänger Alfred Brante vor zwei Monaten wegen Einbruchs fest und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor. Die Verhandlung in Keller und Traubenhöfen wiederholte sich aber bald. Vier Wochen nach seiner ersten Verurteilung ließ die Kriminalpolizei wieder auf Brante, als er einen Keller erschloß. Es ergab sich, daß er aus der Untersuchungshaft entlassen worden war, obwohl er sich immer ne-

Wohnungslos und hungernd. Wieder wurde der Ertrappe dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Jetzt aber sagte ihn die Kriminalpolizei zum dritten Mal ab, diesmal bei einem Boden-einsturz. Zum dritten Mal mußte sie den gewerbetätigen Einbrecher dem Untersuchungsrichter vorführen. — Mit politischen "Gewissensbissen" versehen die Gerichte weniger schonungslos; sie werden oft monatlang eingeschlossen, obwohl gegen sie gar nichts oder nur eine geringfügige Straftat vorliegt.

Selbstmord eines Lehrkräftes. Aus einem Fenster des Hauses Charlottenstraße 11 hat sich am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr ein 16jähriger Lehrling der Firma Otto Hahne gefürzt. Er blieb mit geschmettertem Schädel auf dem Pflaster liegen und verstarb auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Der Grund zur Tat ist bisher unbekannt.

Unentgeltliche Vorträge über Tuberkulose finden am Freitag, abends 8 Uhr, an folgenden Orten statt: Charlottenburg, Kaiser-Wilhelm-Schule, Ansehstraße 24. San-Nat Dr. Krummholz: Die Entstehung und Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit. Charlottenburg, Herderstraße 4. Dr. Bernhardt: Die Schwindsucht, Kariendort, Oberrealschule, Kaiserstraße 17-21. San-Nat Dr. Bieder: Die soziale Bekämpfung der Tuberkulose. Oberhagenstraße, Hindenburg-Schule, Jappelstraße 4. Dr. B. Dr. Weiland: Die Tuberkulose als Volkskrankheit und ihre Bekämpfung. Panlow, Realgymnasium, S. Finger Straße 12. Dr. Lorenz: Das Wesen der Tuberkulose, wie man sich mit derselben ansteckt, wie man sich davon schützt. Schöneberg, Commission-Schule, Barndorffstraße 3. Dr. Jabel sen.: Entlassung, Verbreitung und Bekämpfung der Schwindsucht. Kreuzberg, Realgymnasium, Neue Krugallee 8. Dr. Gordon: Die Tuberkulose, ihre Bedeutung, Verhütung und Bekämpfung. Regal, Humboldt-Schule, Graf-Moeder-Straße. Dr. Gurtel: Die Tuberkulose, eine Volkskrankheit, und ihre Bekämpfung.

Die erste Berliner Arbeiterschule, die vom Volkbund zur Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild, G. B. (Berlin 1910-11) gegründet worden ist, hat Dienstag, den 28. Oktober, auch für diesen Winter den Betrieb wieder aufgenommen. Die Lesesäle sind Dienstags und Freitags von 4 bis 7 Uhr nachmittags geöffnet.

Schulbuchschule Reußlin. Die beiden letzten Abende des Monats Engelbert Graf finden heute und Freitag, abends 6 Uhr, in der Mittelschule, Donaustraße, statt.

Die Schöneberger Volksbühne mit Lesesälen in der Oberstraße und der Prellinger Straße sind seit dem 1. Oktober auch wieder Sonntags, nachmittags 3—7 Uhr, geöffnet.

Lebensmittelfalter.

Berlin. Käseverteilung. Bis Freitag in den Bezirken der 97. und 103., bis Sonnabend in den Bezirken der 94., 97. (Zeilbezirk), 103., 90., 213. und 239. und bis Dienstag in den Bezirken der 91., 92., 93., 96., 98., 194. und 218. Brotkommission pro Kopf 185 Gr. Käse. Spandau. Donnerstag von 8 Uhr ab Verkauf von amerikanischen Schweineprodukten auf Feld 98 der Einfuhrzollkammer, 125 Gr. 1 Pf. Auf zwei über eine halbe Wochenmenge lautende Fleischabschnitte der Wismar-Häuser-Lebensmittelfabrik 230 Gr.

Pannum. In den hiesigen Holzkesseln können infolge größerer Beanspruchung der erzeugten Milch die Eiterknoten vom 30. Oktober ab bis auf weiteres nur noch mit $\frac{1}{2}$ Liter Milch beliefert werden.

Belgien. Vom 30. Oktober bis 1. November auf Abschnitt 84 der allgemeinen Lebensmittelfabrik $\frac{1}{2}$ Pf. Rindfleisch.

Sonnenbrot. Die Butter kostet jetzt 13,80 Pf. pro Pfund und die Margarine 5 Pf. pro Pfund. Diese Preise sind vom Preiswettbewerb in neuen festgesetzt.

Gezeigelt. Donnerstag, den 30. Oktober, Jachz, Brot- und Kohlenarten-Ausgabe zu den festgesetzten Zeiten. Freitag bei den Kaufleuten Weizenmehl-Ausgabe.

Stenken. Am Freitag gelangen zum Verkauf: Auf Abschnitt 12 der Lebensmittelfabrik je 200 Gr. Gumpen; auf Abschnitt 11 der alten Einfuhrzollkammer je 400 Gr. Auslandsmehl; auf Abschnitt 4 der Fleischfabrik je 100 Gr. Margarine.

Aus den Organisationen.

Bezirksorganisation Berlin-Stadt.

Sonntag, den 2. November, vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr. Generalversammlung der Bezirksorganisation Berlin. Stellungnahme zum Parteitag.

1. Distrikt. Freitag abends 7 Uhr in der Schulaula Vorstr. 9 Mitgliederversammlung. Stellungnahme zum Parteitag und Delegiertenwahl. Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

4. Distrikt. Freitag 7 Uhr im Oerkerhofhaus Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag, 2. Wahl eines Delegierten. — Montag abends 7 Uhr Distriktskonferenz in der Kula Reidenberger Straße 57.

8. Distrikt. Engere Vorstandssitzung am Donnerstag, den 30. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, vor der Distriktsversammlung bei Reiffing, Schreinerstr. 18.

15. Distrikt. Freitag abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Schulaula in der Buchumer Straße 8b Versammlung. Referat und Korrespondenz über den Parteitag, Delegiertenwahl, Mitgliedsbücher mitbringen.

18. Distrikt, 2. Wkt. Freitag abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Schulaula Vorstr. 20/22. 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 2. Neuwahl der Kommissionen.

18. Distrikt, 2. Wkt. Freitag Abteilungsversammlung in der Schulaula Vorstr. 20/22. 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung, 2. Wahl der Kommissionen.

17. Distrikt. Freitag abends 6 Uhr außerordentliche Generalversammlung in den Spandauer, Rülkestr. 142. 1. Stellungnahme zum Parteitag, Ref.: Gen. Koenen, 2. Wahl des Delegierten zum Parteitag, Mitgliedsbuch legitimiert.

Neußlin. Die Generalversammlung findet am Mittwoch, den 5. November, bei Klein statt. Tagesordnung: Der Neuaufbau unseres Ortsvereins.

Neußlin, 2. Bezirk. Donnerstag 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Bezirksversammlung bei Parion, Reuterstr. 47. Vortrag des Genossen Schneider: Sozialistische Erziehung in Schule und Haus. Freizeitleber als Gäste willkommen.

Schmargendorf. Freitag abends 7 Uhr große öffentliche Versammlung. "Die Revolution im Leben der Frau." Referent: Frau Bloch. Klinkendorfer-Bez. Der Frauenkreis und Diskussionsabend findet in diesem Monat nicht statt, dafür Freitag 7 Uhr in der Kula der 5. Gemeindebezirks-Vortrag des Professors Langhein über Kinderpflege und Kindererziehung. Eintrittspreis 50 Pf.

Bildungsausflug Niederbarnheim. Funktionär! Die Eintrittskarten für den am Freitag im Schloß Schönhausen stattfindenden Ausflugsabend sind bis spätestens Freitag mittag 12 Uhr beim Genossen Schönlank, Konjunkturgesellschaft, Kaiser-Wilhelm-Straße 79, abzugeben. Wegen des an der Abendkasse zu erwartenden Andranges werden die nichtstehenden Karten dringend gebraucht. Die bis zu dem angegebenen Termin nicht abgetragenen Karten müssen demzufolge bezahlt werden.

Wittenau. Freitag abends 7 Uhr öffentliche Volksversammlung bei Oberbar, Hübner Straße 85. Tagesordnung: Stellungnahme zur letzten Sitzung im Gemeindepalast. Referent: Genosse Pfeiffer.

Bereinstatender.

Band der technischen Angestellten und Beamten, Norden III. Einheitsmitglied! "Deutsche Technikzeitung", Nr. 9, ist vom Gehilf. Gen. Gen. (nach Westliche), abgeholt! Transportarbeiter-Verband! Kaufher und Mitarbeiter aus dem Bäcker- und Metzgerhandwerk! Freitag abends 7 Uhr Vorstanderversammlung im Königsplatz-Kino, Holzmarktstr. 72.

Abteilung Jugendliche Betriebsvertrauensleute und Schlichter! Donnerstag abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Sitzung in den Sophienhöfen, Sophienstraße 17/18.

Zweite sozialistische Jugend Neußlin. Heute abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr Stellungnahme zur Reichskonferenz.

"Volkshaus". Freitag, 31. Oktober, pünktlich 7 Uhr, Vortrag von Arthur Wilmner in der Kula des Köllnischen Gymnasiums (Untergrundbahn Insebrücke) über Eduard mit Kioer. Eintritt frei.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wislapp, Neußlin, Verlagsgesellschaft "Freiheit", e. B. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbrücker und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 10.

DER WEG ZUM ZIEL

Wollen Sie rasch neue Absatzgebiete erschließen? Wollen Sie zuversichtlich Ihren Kundenkreis vergrößern u. Ihre Geschäfts-Verbindungen erweitern? Wollen Sie Massenkunden günstig, sicher u. direkt unter die Menge bringen? Wollen Sie überhaupt Ihrem Geschäft zu einem ungeahnten Aufschwung verhelfen? Dann verlassen Sie die bisherigen Wege, die veraltet und teuer sind und meist keinen Erfolg bringen, und verlangen Sie kostenlos unsere wertvollen Fingerzeige. Sichern Sie sich sofort den Weg zum Erfolge, denn aus jeder Branche kommen nur wenige ausgesuchte Firmen in Betracht.

Gef. Anfragen unter „Der Weg zum Ziel“ an die Expedition dieses Blattes.

Prozesse, Zigaretten

Ständiges Lager, rein orientalische und ägyptische Zigaretten zu den billigsten Tagespreisen. Lagerbesuch lohnend.

M. Guttmann, Berlin O. 27, Alexanderstr. 22

Haut-, Harn-, Geschlechts-

Unterleibsleiden, Syphilis bei Männern und Frauen werden schnell und gründlich mit seit über 20 Jahren von mir erprobten, bewährten und wissenschaftlich anerkannten Heilmitteln mit zutun und dauerndem Erfolge behandelt, speziell mit elektrolytischen Licht- und Natur-Heilverfahren. Ohne Berührung — Sprech- und Behandlungsort: P. L. 4-7, Sonn- u. Feiertage 9-11. Wohnort Berlin SO 16, Brückenstr. 10 b, II (am Bahnhof Jannowitzbrücke). Prof. P. Mistecký, graduiert und approbiert im Ausland.

Sowas ist im Buchhandel erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Richard Degen DAS SCHICKSAL

Die Tragödie der Menschheit

5 Akte und 1 Vorspiel
Ladenpreis Mk. 3.—

Am 15. November erscheint:

Richard Degen DIE ERLOESUNG

Eine heilige Handlung zu weiblichem Spiel

5 Akte und 1 Vorspiel
Ladenpreis Mk. 3.60

Ein Menschenalter schwerer Kämpfe liegt hinter diesen beiden Werken. Aus innerstem Erleben heraus sind sie entstanden. Sie waren eine Lebensnotwendigkeit für ihren Schöpfer, sie sind für die Zeitgenossen Freunde und Führer. Aus den Tiefen menschlichen Erkennens erhebt sich schlagend eine neue reine Weltanschauung. Die zersetzende Lehre von Sünde und Schuld wird überwunden. Der Mensch ist selbst der Herr seines Schicksals. Dichtersprache, die Sprache formt schwebende Gedanken. „DAS SCHICKSAL“ und „DIE ERLOESUNG“ sind im wahrsten Sinne des Wortes „Die Bücher der Zeit“

NEUDEUTSCHER VERLAG / LEIPZIG

Keine Kohlennot mehr! Keine Seifennot mehr!

Garantiert unschädlich!

PLEOKON

wäscht von selbst im kalten Wasser ohne Kochen!

ALLEINIGE HERSTELLER:
CHEM. FABRIK „MOLO“ BERLIN N-O 18
Elisabethstr. 28/29.

Überall zu haben!

Achtung!

Platin Gramm bis 80.— frei!

Gold, Silber, alte Zahngebisse, Brillanten, sowie unmodern gewordenen Schmuck verkauft man am besten zu den höchsten Kurs- und Tagespreisen bei

Kokoski, Berlin N 54, Am Humboldt 8493.

Frise e'metrotten: Diverse Schokoladen — Pralinen — Kakao — zutr. Kaffee — Pelis — Nüssen — Linsen — Saffran — Korinthen — Kirschmandeln — Oelmandeln — Reisstärke.

F. P. A. Kauffmann,

Berlin S 14, Wallstraße 65-66.

Berliner Schwimm-Verein „Welle“

(Gegründet 18. August 1911)
Mildt des Arbeiter-Wassersport-Verbandes

Sonntag, den 2. November 1919
im Lehrerverein, Alexanderplatz
Alexanderstraße 41 (großer Saal)

weiterer Unterhaltungsabend

Mitwirkende: Gesangsverein „Solidarität“, Mittl. d. A.-S.-B., Rezitator Ernst Kühne, Humorist Bobby Walter, Käthe Lisch und Hella Martini, Xylophon-virtuose Schmeidler, Begleitung: Kapell. eister Thilo

Saaleröffnung 4 Uhr Anfang 5 Uhr
Eintritt inkl. Programm, Tanz u. Garderobe 2.50 Mk.
Membel Str. 5, v. 2 Tr., H. Knapp, Vorchwitz 3.
A. Freud, Oranienstr. 26A Max Neumann, Lichterber 17.
Weichselstr. 18, v. 4 Tr., Walter Faber, Goethestr. 17.

Öffentlicher Vortrags-Abend

Freitag, den 31. Oktober, abends 7 Uhr
pünktl. im Sitzungssaal des Herrenhauses,
Leipziger Straße 3.

Syndikalismus u. Intellektuelle

Referent: Rudolf Rocker.

Nach dem Vortrag: Freie Aussprache.
Zur Deckung der Unkosten werden 30 Pfennig Eintrittsgeld erhoben.

Berliner Gewerkschaftskartell.

Produktiv-Genossenschaft für Metall- und Holzverarbeitung Groß-Berlin e. G. m. b. H.

Die Generalversammlung ist am Dienstag, den 11. November 1919, nachmittags 4 $\frac{1}{2}$ Uhr in den Sophienhöfen, Sophienstraße 18, nachfolgend:

anherberndlich. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht der Revisionskommission.
2. Bericht der Unternehmungskommission.
3. Bericht über die Lage der Genossenschaft.
4. Bericht über die Abrechnung und den Vermögensstand.
5. Bericht über die Abrechnung der Geschäftstätigkeit.
6. Entschlüsse.

Wählberechtigt sind alle Mitglieder der Genossenschaft.

Wahlort: Berlin, Sophienstraße 18. Wahlzeit: 10 Uhr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband Barmen-Elberfeld.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen durchaus zuverlässigen, tüchtigen

Büroangestellten

sowie zum 1. Januar 1920 zwei rednerisch und agitatrisch geschäftliche Kollegen für unsere Geschäftsstelle Barmen-Elberfeld.

Bewerber, welche auf dem Boden des Ritzsystems stehen, 10—15 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, wollen ihre Offerte an Emil Henkel, Barmen, Freiheitstraße 63, richten.

Bewerbungen für den Büroangestellten sind bis zum 10. November, für die beiden anderen Stellen bis zum 15. Dezember einzureichen.

Gold Flake * M. Guttmann

Alexanderstr. 22

Landesausstellungshalle am Lehrter Bahnhof

Geöffnet von 10—7 Uhr
Mittwoch u. Sonnabend von 10—5 Uhr
Eintrittspreis 50 Pf.

Montags nur für weibliche Besucher
Donnerstags für allgemeinen Besuch

Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Schreibmaschinen

sichtbare Schrift, gut erhalten.

kauft sofort gegen Kasse, Preis, System und Nummer.

Hugo Schroeder,

Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 11
Wilm. 4720.

Schreibmaschinen

einzelne und in Posten, neu u. gebraucht, kauft laufend

Any Friedrichstraße 157-88

Lein. Schellack, kauft abends 6—8, Tiemann, Islandstraße 1.

PIANO

bis 2700 M. oder 1000 Pf., kreuzsaitig, sucht Blick, Zionskirchplatz 1.

Messing Quecksilber Kupfer

„Metallschmelze Barmen“
FENNSTRASSE 48
Tel.: Moabit 2134.

Kupfer

Messing! Quecksilber! Statische Metallabfälle! Platin Silber! Gold! Zabingebisse kauft zu Fabrikpreisen

„Metallschmelze Cohn“

- 1) Brunnen-Hur Nr. 11
- 2) Bahnhofstraße 3 (am Anhalter Bahnhof)
- 3) Neukölln.

Kais.-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannstr.)
Tel.: Nord 1383, Neukölln 1819.

Elektromotoren

Gleichstrom u. Drehstrom kauft

Ingenieurbureau Schlichting

Berlin W 8, Linienstr. 10.
Tel.: Lützen 2755 und 8518

Quecksilber

1 Kilo bis 50 Mark kauft Metallkontor. Alte Jakobstr. 135.
Fernspr.: Moritzplatz 125 85.

Urei guterhaltene Kleider, passend für starkere ältere Damen. Neukölln, Marschstr. 12, Siff. II 1.

Seamlintol, Kreuzfische. Die schönsten Seamlintol, Kreuzfische, Gelegenheiten finden Sie im Bienen-Basar, Kaiser-Wilhelm-Str. Nr. 16, beim Alexanderplatz.

Riesenauswahl, reell, preiswert

Kostenlose Raterstellung, allerbilligste Fabrikation, Ebescheidungs-, Aliments-, Strafsachen, Beobachtungen, Ermittlungen, Dresden, Straße III, Vormittag 2. Auch Sonntags Aufmittlung.

50 Mark

kauft Metallkontor. Alte Jakobstr. 135.
Fernspr.: Moritzplatz 125 85.

Urei guterhaltene Kleider, passend für starkere ältere Damen. Neukölln, Marschstr. 12, Siff. II 1.

Seamlintol, Kreuzfische. Die schönsten Seamlintol, Kreuzfische, Gelegenheiten finden Sie im Bienen-Basar, Kaiser-Wilhelm-Str. Nr. 16, beim Alexanderplatz.

Riesenauswahl, reell, preiswert

Kostenlose Raterstellung, allerbilligste Fabrikation, Ebescheidungs-, Aliments-, Strafsachen, Beobachtungen, Ermittlungen, Dresden, Straße III, Vormittag 2. Auch Sonntags Aufmittlung.

50 Mark

kauft Metallkontor. Alte Jakobstr. 135.
Fernspr.: Moritzplatz 125 85.

Urei guterhaltene Kleider, passend für starkere ältere Damen. Neukölln, Marschstr. 12, Siff. II 1.

Seamlintol, Kreuzfische. Die schönsten Seamlintol, Kreuzfische, Gelegenheiten finden Sie im Bienen-Basar, Kaiser-Wilhelm-Str. Nr. 16, beim Alexanderplatz.

Riesenauswahl, reell, preiswert

Kostenlose Raterstellung, allerbilligste Fabrikation, Ebescheidungs-, Aliments-, Strafsachen, Beobachtungen, Ermittlungen, Dresden, Straße III, Vormittag 2. Auch Sonntags Aufmittlung.

Botenfrauen

stellt ein:

Spedition Bernsee, Steglitz, Mommsenstr. 59.
Hackbarth, Michaelkirchplatz 2.
Schäfer, Gneisenaustr. 70.
Tornseifer, Lübecker Straße 11, für Lehrter Straße.
Werner, Grelswalder Str. 28.
Gerhard, Karlshorst.

Richard Staub

ref. 30. Okt. 1914 im Sturm auf Valley im Draufgänger-Rgt. 24.
Max Staub
Kopenhagener Str. 45

PLATIN

Gold und Silber in jeder Form höchste Preise Gebisse

Stiftzähne 3,30 b. 40 M.
kauft Linke
Bücherstr. 40, Nr. 11, 15.

Platina

Gold, Silber höchste Tagespreise. Alte Gebisse bis 1000 Mk., Platinzähne bis 45.— Mk. kauft Hausdorf,
Pallendenstraße 11, v. II r.

Elektrische Leitungsdrähte

Klein- und Dynamodrähte kauft höchst zahlend.
Sillermann
Neue Königstraße 37
Fernspr. Alex. 2115.

Scannlaufbohrer

für dringenden Bedarf, sowie Schmirgelsteinen kauft höchst zahlend Hausdorf, M. 237, Rostocker Str. 22, Ecke Wittstocker Str. abe.

Spiralbohrer!

Neu, kauft höchst zahlend, Gerhart, Karlshorst, 7, L. 11, 12.